ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

SELBSTBESTIMMUNG STATT LIQUIDIERUNG

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Indianerbewegung

Von Walter R. Echo-Hawk

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Inhaltsverzeichnis

Ein Pfad gebrochener Verträge. Von den Herausgebern.....1

Selbstbestimmung statt Liquidierung

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Indianerbewegung.....2

Von Walter R. Echo-Hawk

Gegenwärtige Herausforderungen für die Ureinwohner Amerikas.....4

Das bleibende Vermächtnis der Eroberung.....5

Die Indianer-Gesetze.....7

Das andauernde politische Dilemma.....10

Der Aktivismus der amerikanischen Indianer seit 1950.....12

Die Red-Power-Bewegung.....13

Indianische Selbstbestimmung.....17

Die Bewegung für Selbstbestimmung.....18

Die Ära der Menschenrechte.....22

Veröffentlicht vom New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gefördert mit Mitteln des AA
Januar 2014

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016
E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Ein Pfad gebrochener Verträge

Seit Ankunft der ersten europäischen Siedler in dem Land, das heute die Vereinigten Staaten bildet, war ihre Beziehung zu den amerikanischen Indianern geprägt von Enteignung, Verrat und Völkermord. Bis zum Anbruch des 20. Jahrhunderts hatten Krankheit, Krieg und erzwungene Assimilation von den Ureinwohnern nur mehr einen Schatten dessen, was sie einst gewesen waren, übriggelassen. In den 1950er Jahren verwandelten Hollywood-Western die Indianer in ein tragisches Symbol für verlorene Freiheit und Unschuld, während die Bundesregierung eine Politik der Eliminierung indianischer Stämme verfolgte. Dieses Erbe der Eroberung prägt die US-Politik bis auf den heutigen Tag und fügt den Ureinwohnern fortgesetztes Leid zu.

Allen Widrigkeiten zum Trotz leisteten die amerikanischen Ureinwohner indes Widerstand. Die *Tribal Sovereignty Movement* (Bewegung für die Souveränität indianischer Stämme) erwies sich dabei als besonders bedeutsam. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen indianischer Organisationen und Stammesführer revidierte die Regierung 1970 endlich ihre unterdrückerische Politik. Mit dem Erringen dieser Siege nahmen viele indianische Aktivisten eine konfrontativere Haltung ein. Die *American Indian Movement* (Bewegung amerikanischer Indianer, AIM) verband radikale Taktiken mit traditioneller Spiritualität, um den Stolz der Ureinwohner zu stärken, die fortbestehende Präsenz und Relevanz der indianischen Kultur zu betonen und die Selbstbestimmung der Ureinwohner zu verwirklichen. Der „Pfad gebrochener Verträge" der AIM klärte über die lange und schäbige Geschichte des Verrats der US-Regierung auf. Protestbesetzungen in Washington D.C. und am symbolischen Ort Wounded Knee im Bundesstaat South Dakota, wo 1890 ein blutiges Massaker an Indianern stattgefunden hatte, konfrontierten die Regierung mit ihren Vergehen, was diese mit Vergeltungsmaßnahmen und Verfolgungen vergalt, an denen die AIM schließlich zerbrach. Ganz offensichtlich ist der Kampf also noch nicht gewonnen – amerikanische Indianer haben ein immenses und ungelöstes geschichtliches Trauma erlitten –, aber die Erfahrungen mit dem geduldigen Engagement auf offiziellem Wege wie auch der Taktik militanter Konfrontation inspirieren noch immer den Kampf für indianische Selbstbestimmung.

In dieser Studie diskutiert Walter Echo-Hawk die Geschichte der amerikanischen Ureinwohner und die nächsten Schritte zur Sicherung ihrer Rechte. Er selbst ist Angehöriger des Pawnee-Stammes und arbeitet als Anwalt, Juraprofessor, Stammesrichter, Autor und Aktivist. Sein Engagement begann in den späten 1960ern in der *Red-Power*-Gruppe des Nationalen Rats der indianischen Jugend. Als Anwalt für Indianerrecht vertritt er seit 1973 indianische Stämme und indigene Gruppen in den Vereinigten Staaten. Echo-Hawk argumentiert, dass die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) – die von der US-Regierung nominell unterstützt, jedoch nicht umgesetzt wird – den besten Rahmen für die Behebung jener Ungerechtigkeiten darstellt, die die amerikanischen Indianer sowie die Ureinwohner Alaskas und Hawaiis noch immer erleiden. Fest steht: Es ist Zeit für alle Bürgerinnen und Bürger, die Vereinigten Staaten auf die Einhaltung der internationalen Menschenrechte zu verpflichten und auf diese Weise mit der Lösung des Widerspruchs zu beginnen, der dem US-amerikanischen Experiment zugrunde liegt.

Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, Januar 2014

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Selbstbestimmung statt Liquidierung

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Indianerbewegung

Von Walter R. Echo-Hawk

Obwohl die aufwühlende Geschichte der *Tribal Sovereignty Movement*, der Bewegung für die Selbstbestimmung der indianischen Stämme,[1] in der indigenen Literatur gut dokumentiert ist, kennt man sie in der Mehrheitsgesellschaft der Vereinigten Staaten kaum. Bei dem Aktivismus, der seit 1950 den Fortschritt der modernen indianischen Stämme vorantreibt, handelt es sich um eine soziale Bewegung vom selben Rang wie die Bürgerrechts-, Frauen- und Umweltbewegungen. Es ist eine Geschichte, die es verdient, erzählt zu werden. Angesichts systematischer Unterdrückung ist die menschliche Erfahrung immer die Gleiche: Ungerechte Bedingungen machen das Leben unerträglich, und das Ziel, diese Ungerechtigkeiten zu überwinden, bringt starke soziale Bewegungen hervor. Im Kampf um Gerechtigkeit für die amerikanischen Ureinwohner ist dieses Grundprinzip eindeutig gegeben.

Demokratie und Menschenrechte bilden das Fundament des amerikanischen Experiments, doch die Vereinigten Staaten haben sich, wie die Erfahrung der amerikanischen Ureinwohner beweist, nicht immer an ihre Grundwerte gehalten. Beim Auf- und Ausbau nationaler Institutionen, die die Freiheit vieler Bevölkerungsgruppen garantieren, blieben die Indianerinnen und Indianer außen vor. In der jungen und aufstrebenden Republik sah man sie als entbehrlich an. Um Raum für Siedler und Einwanderer zu schaffen, wurden sie von Eroberungszügen und Kolonialismus ausgemerzt. Die Doktrin der *Manifest Destiny*, des angeblich göttlichen Expansionsauftrags der USA, verbreitete sich ohne Rücksicht auf die Rechte der Ureinwohner über den ganzen Kontinent. Dieses Vorgehen führte zu einem „Indianerproblem", das in direktem Gegensatz zu den Grundwerten des Landes steht und bis heute andauert. Die Situation der unterdrückten Indianer, die inmitten einer freien und demokratischen Gesellschaft leben, verblüfft und verwirrt die amerikanische Bevölkerung seit langem. Solange dieser Widerspruch besteht, werden die USA auch weiterhin von jenen Dämonen heimgesucht werden, die allen scheinbar freien Nationen begegnen, die auf Enteignung und Unterdrückung beruhen. Sie stellen unsere Legitimität, unser Selbstbild und unseren nationalen Ursprungsmythos in Frage. Denn eine demokratische Gesellschaft, in der ein Teil frei und der andere unterdrückt ist, kann es nicht geben.

Im Jahr 1950 erreichte die Lage der amerikanischen Ureinwohner einen Tiefpunkt.[2] Unter

1 Da die Ureinwohner der 48 kontinentalen Staaten der USA sich selbst als „Indianer" bezeichnen, wird der Begriff auch in dieser Studie verwendet. – D. Red.

2 Dieser Artikel konzentriert sich hauptsächlich auf den Aktivismus der (nord-)amerikanischen Ureinwohner, obwohl die indigene Bevölkerung der Vereinigten Staaten die Ureinwohner Alaskas und Hawaiis mit einschließt. Heute gehören fast drei Millionen amerikanische Indianer und Ureinwohner Alaskas zu 500 staatlich anerkannten Indianerstämmen. Circa 30 Prozent der amerikanischen Indianer leben in Reservaten, 70 Prozent dagegen in Städten. Die 500 Stämme haben 369 Abkommen mit den Vereinigten Staaten geschlossen und pflegen bilaterale Beziehungen zur US-Regierung. Ihnen gehören 40 Millionen Hektar treuhänderisch geschütztes Stammesland mit bedeutenden Bodenschätzen: knapp 18 Millionen Hektar Naturweide bzw. Weideland, 2 Millionen Hektar Wirtschaftswald, 1 Million

widrigsten sozioökonomischen Umständen lebten die Indianer in einer Gesellschaft, die von Rassentrennung und der Vormacht des „Großen Weißen Vaters" gekennzeichnet war. Alle Bereiche und Ministerien der Regierung waren daran beteiligt, die letzten Fragmente indianischer Kultur zu zerstören und ihre in Abkommen und Verträgen eingegangenen Versprechen zu brechen. An diesem Tiefpunkt, in ihrer schwersten Stunde, als bloßes Überleben auf der Tagesordnung stand, brachten die schwer getroffenen Indianerstämme den Willen zum Widerstand auf.

In den 1950er und 1960er Jahren unternahmen die amerikanischen Indianer einen letzten verzweifelten Versuch, sich dem Vorhaben der Regierung zu widersetzen, ihre Assimilation zu forcieren. Durch die öffentliche Verfechtung ihrer Interessen gelang es ihnen schließlich, die Regierung zur Aufgabe ihres Assimilationsvorhabens zu zwingen. Angeführt wurde der Kampf von Organisationen, in denen sich gewählte Stammesoberhäupter und unterschiedliche Stämme zusammenschlossen, die die Selbstbestimmung der Indianer anstrebten – angespornt von einer aufkeimenden Jugendbewegung, die aus wachsender Unzufriedenheit hervorging. Beeinflusst von Intellektuellen, die die Situation vor dem historischen Hintergrund des Kolonialismus analysierten, stellte die Stammesjugend die bestehende Ordnung mit zunehmendem Kampfgeist in Frage. In den folgenden Jahren entwickelten sich viele von ihnen zu Anführern. Der krönende Höhepunkt des Erfolgs dieser Kämpfe war schließlich die historische Ankündigung Präsident Nixons im Jahr 1970, die bisherige Indianerpolitik aufzugeben und die Politik der indianischen Selbstbestimmung einzuführen.

Ende der 1960er Jahre, als die Ära der Zwangsassimilation endete, bestimmte die Bürgerrechtsbewegung die amerikanische Politik. Sie verdeutlichte den amerikanischen Ureinwohnern, dass es möglich war, Ungerechtigkeit durch Widerstand zu überwinden. Aufstände standen infolgedessen bis Mitte der 1970er Jahre auf der Tagesordnung. Langfristig jedoch erwies sich die von den indianischen Stämmen und ihrer gewählten Führerschaft aufgebaute Tribal Sovereignty Movement als einflussreicher. Gewiss: Die Vertreter dieser Bewegung wurden vom politischem Aktivismus der *American Indian Movement*, der Bewegung der amerikanischen Indianer (AIM), angespornt und gestärkt. Die AIM erreichte in den frühen 1970er Jahren ihren Höhepunkt und verband die spirituelle Kraft der Indianer mit direktem politischem Aktivismus. Die größere Bewegung für Selbstbestimmung konzentrierte sich hingegen auf die Autonomie der Ureinwohner und arbeitete daran, die neue Indianerpolitik der Nixon-Regierung umzusetzen. Mit ihrer breiten Basis widersetzte sie sich dem Leben unter ungleichen Bedingungen, indem sie ihr angestammtes Land und kulturelles Erbe zurückforderte und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstwertgefühl beanspruchte. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erforderte der Kampf für Gleichberechtigung dann eine diszipliniertere Haltung. Durchgesetzt wurden die gesellschaftlichen Veränderungen ab etwa 1970 durch juristische Kämpfe, politische Interessenvertretung, wissenschaftliche Forschung, dem Basisaktivismus einer ganzen Bevölkerungsgruppe und – allen voran – den Stammesregierungen, die allen Widrigkeiten zum Trotz die Selbstbestimmung der Indianer hochhielten und praktizierten. Der Kampf der letzten beiden Indianergenerationen für Gerechtigkeit beweist, wie ausgeprägt ihr Überlebenswillen ist.[3]

Hektar Agrarflächen, 4 Prozent der Rohöl- und Erdgasreserven der USA, 40 Prozent der US-Uranreserven und 30 Prozent der Kohlereserven im Westen des Landes.

3 Zur weiterführenden Bearbeitung des Themas vgl. Walter Echo-Hawk: In the Light of Justice: The Rise of Human Rights in Native America and the UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (Fulcrum Publishing, 2013), und ders.: In The Court of the Conqueror: The Ten Worst Indian Cases Ever Decided (Fulcrum Publishing, 2010).

Gegenwärtige Herausforderungen für die Ureinwohner Amerikas

Da ihr Recht auf Selbstbestimmung nur teilweise verwirklicht wurde, ist der Kampf der amerikanischen Indianerbewegung, trotz zahlreicher historischer Fortschritte im 20. Jahrhundert, keineswegs abgeschlossen. Das historische Erbe der Eroberung und Unterdrückung kann in einem kolonialisierten Land wie den USA nur schwer überwunden werden. Es ist im Gerichtswesen und in der Sozialpolitik des Landes ebenso tief verwurzelt wie in den Einstellungen der Bevölkerung. Obgleich die Amerikaner als auf Gerechtigkeit bedachte Menschen sehr stolz auf ihre Werte sind, zeitigt das Vermächtnis der Eroberung bis heute Folgen. Es manifestiert sich in den anhaltenden sozialen Missständen in den Stammesgemeinschaften, verhängnisvollen Gesetzesauslegungen und der schockierenden soziökonomischen Benachteiligung der Indianerinnen und Indianer. Zudem brachte dieses Erbe ein Oberstes Gericht hervor, das die hart erkämpften Rechte der Ureinwohner immer wieder beschneidet. Angesichts dieser Hindernisse ist der Kampf der amerikanischen Ureinwohner für Gerechtigkeit in den letzten Jahren ins Stocken gekommen.

Die weitreichenden Herausforderungen, mit denen sich die Indianer heute konfrontiert sehen, kennzeichnen die meisten der einst kolonialisierten Länder. Sie verhindern die vollständige Anerkennung indigener Menschenrechte im gegenwärtigen US-Rechtssystem. Es muss noch viel geschehen, damit die Ureinwohner in den Vereinigten Staaten auf einer fairen und gleichberechtigten Basis am politischen System beteiligt sein können, ohne auf ihre Menschenrechte verzichten zu müssen. Fest steht: Das letzte Kapitel des amerikanischen Experiments kann erst geschrieben werden, wenn das Gerechtigkeitsversprechen auch für die amerikanischen Ureinwohner eingelöst ist. Für die Gründer der Tribal Sovereignty Movement blieb dieses Versprechen unerreichbar. Heute ist das primäre Ziel der Bewegung, die richtungsweisende Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) aus dem Jahr 2007 in den USA zu implementieren und die Rechtskultur und das gesellschaftliche Gefüge dementsprechend auszurichten. Obwohl die Vereinigten Staaten die UNDRIP 2010 offiziell befürworteten, blieb ihre Umsetzung aus, und es fanden keine Gespräche mit den führenden Persönlichkeiten der Indianer über die Implementierung der UN-Normen statt. Unter Berufung auf die Menschenrechte verfolgt die Erklärung der Vereinten Nationen das Ziel, das Überleben, Wohlergehen und die Würde indigener Bevölkerungsgruppen weltweit zu schützen. Vor diesem Hintergund bietet die vorliegende Untersuchung einen Überblick über den Aktivismus der amerikanischen Ureinwohner von 1950 bis zur Gegenwart.[4]

Zunächst gilt es, den Begriff „Aktivismus“ genauer zu betrachten. Schließlich ist Aktivismus der Motor für Gerechtigkeitsbewegungen – auch wenn Aktivisten durchaus von wissenschaftlicher Forschung, den Entscheidungen leitender Persönlichkeiten und theoretischen Grundlagen beeinflusst werden. Die vorliegende Studie versteht unter „Aktivismus“ sowohl militante, politische Kämpfe für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen als auch die Politik gewählter Stammesführer, die eher konventionellen Methoden folgt.

Die Untersuchung beleuchtet zunächst die Bedrohung, die die *Manifest-Destiny*-Doktrin

4 Diese komplexe Geschichte ist in einem umfangreichen Literaturbestand festgehalten, mit dem indigene Leser vertraut sind. Zu diesen Arbeiten gehören Daniel M. Cobb: Native American Activism in Cold War America: The Struggle for Sovereignty (University Press Kansas, 2008); Charles Wilkinson: Blood Struggle: The Rise of Modern Indian Nations (Norton, 2005); Paul Chat Smith und Robert Allen Warrior: Like A Hurricane: The Indian Movement from Alcatraz to Wounded Knee (New York: New Press, 1996); Stan Steiner: The New Indians (Delta, 1968). Vgl. auch Cobb (2008), n. 3, S. 210.

während des Aufstiegs und Wachstums der Vereinigten Staaten für die Indianer darstellte. Anschließend werden die Wegbereiter des modernen Aktivismus der Indianer aus den 1950er und 1960er Jahren in den Blick genommen. Ihrem Aktivismus ist es zu verdanken, dass Präsident Nixon 1970 die Politik der Selbstbestimmung anerkannte. Darauf aufbauend wird der Aufstieg der indianischen Stämme von 1970 bis zur Gegenwart einschließlich ihrer größten Erfolge und Misserfolge zusammengefasst. Als Ausblick für die Zukunft soll abschließend beschrieben werden, wie der Kampf der US-amerikanischen Indianer für Gleichberechtigung im 21. Jahrhundert fortgesetzt werden sollte.

Die vorliegende Studie ist respektvoll den Stammesoberhäuptern, Interessenvertretern und Aktivisten gewidmet, die nicht länger unter uns weilen. Einige von ihnen, die in der Erinnerung des Autors herausragen, sind: Clyde Warrior (Ponca), Martha Grass (Ponca), Robert Thomas (Cherokee), Gerald Wilkinson (Cherokee), Browning Pipestem (Oto-Missouri/Osage), Vine Deloria, Jr. (Standing Rock Sioux), Russell Means (Lakota), Vernon Bellcourt (Chippewa), Wallace Black Elk (Lakota), Patrick Left Hand (Kootenai) und Rubin Snake (Ho-Chunk). Wir stehen auf euren Schultern! Der „Große Geist" wirkt auf geheimnisvolle Weise: Ihr habt uns bis an die Schwelle wahrer Selbstbestimmung geführt – ganz im Sinne der Verwendung dieses Begriffs im modernen internationalen Menschenrecht und der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker. Die größte Herausforderung unserer Generation heute besteht darin, eure Arbeit fortzuführen und die Rechte der amerikanischen Indianer im 21. Jahrhundert anhand des Prinzips der universellen Menschenrechte zu definieren. Wir müssen die positiven Bestandteile des existierenden amerikanischen Rechts erhalten und mit Hilfe der UN-Erklärung einen gerechteren, kohärenten Gesetzeskorpus formen. Diese Studie wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Menschrechte in Zukunft auch für die Indianer Amerikas gelten.

Das bleibende Vermächtnis der Eroberung

Was ist das „Vermächtnis der Eroberung"? Über die Eroberung des Westens wurde bereits viel geschrieben. Schulbücher und die Massenmedien tendieren dazu, die US-Geschichte zu glorifizieren. Doch die dunkle Seite der Manifest-Destiny-Doktrin kann nicht verleugnet werden – sie forderte einen furchtbaren Tribut von den indianischen Stämmen. Im Folgenden sollen diese traumatischen Ereignisse zunächst genauer beschrieben werden, bevor der Frage nachgegangen wird, wie deren Vermächtnis auch heute noch in der Rechtskultur, den Institutionen und im gesellschaftlichen Gefüge der Vereinigten Staaten präsent und für die in Stammesgemeinschaften lebenden Menschen tagtäglich spürbar ist. Die USA weisen bis heute neokoloniale Züge auf – lange nachdem die internationale Staatengemeinschaft den Kolonialismus verurteilt hat.

Die Geschichte der Eroberung hat ein tiefgreifendes gesellschaftliches Trauma hinterlassen. Während 1492 mindesten fünf Millionen Indianer in dem Land lebten, das heute die Vereinigten Staaten bildet, war ihre Zahl bis zum Jahr 1900 auf 250 000 geschrumpft. In diesen 400 Jahren verkümmerte eine Bevölkerung von über vier Millionen Menschen. Es ist einer der größten Bevölkerungsverluste in der Geschichte der Menschheit, in der ein solches

„Absterben“[5] aufgrund von Katastrophen und Völkermorden wiederholt vorkam.[6] All diese Fälle waren entsetzlich, doch die Überlebensrate der amerikanischen Indianer war mit nur rund fünf Prozent (bis 1900) besonders niedrig und führte beinahe zu ihrem Aussterben. Der Bevölkerungsverlust des Pawnee-Stammes bietet hierfür ein erschütterndes Beispiel: Im 18. Jahrhundert lag die Bevölkerungszahl noch bei 22 000, doch um das Jahr 1900 zählte der Stamm nur noch 635 Mitglieder.

Wissenschaftler haben sechs Hauptursachen für den dramatischen Bevölkerungsrückgang ermittelt: erstens die illegale Gewaltanwendung der andauernden Kriegführung in über vierzig „Indianerkriegen“ während eines Zeitraums von hundert Jahren; zweitens die Verbreitung pandemischer Krankheiten unter den Indianderstämmen durch die Siedler im Verlauf der kolonialen Expansion; drittens die von der Regierung erzwungene Trennung indianischer Kinder von ihren Eltern und Stämmen im 19. und 20. Jahrhundert und deren Umsiedlung in nicht-indianische Milieus und Institutionen, in denen die Kinder zum Zweck ihrer Assimilation in die Siedlergesellschaft einer Gehirnwäsche unterzogen wurden; viertens die erzwungene Vertreibung indianischer Stämme von ihren angestammten Gebieten, die Umsiedlung und die weit verbreitete Enteignung indianischen Landes; fünftens die Zerstörung des natürlichen Lebensraums, der Ökosysteme und der Existenzgrundlage der Stämme; und sechstens die von der Regierung erzwungene Assimilation und absichtliche Zerstörung von Stammeskulturen, -sprachen und -religionen.[7] Hierbei handelt es sich um eine sukzessive Abfolge traumatischer Ereignisse während eines der turbulentesten Kapitel der amerikanischen Geschichte.

Sozialforscher beschreiben die chronischen Nachwirkungen traumatischer Ereignisse, die bei Überlebenden beobachtet werden, als „posttraumatische Belastungsstörung“ (PTBS).[8] Diese soziale Pathologie findet sich in den Gemeinschaften amerikanischer Ureinwohner, deren Geschichte von katastrophalen Erfahrungen und Ereignissen geprägt ist. Sie wird in der Fachliteratur als „postkoloniales Stresssyndrom“, „historisches Trauma“ oder „nicht aufgearbeitete historische Trauer“ beschrieben.[9] Wenn keine Heilung stattfindet, werden Trauma und unaufgearbeitete Trauer von Generation zu Generation weitergegeben. Diese Pathologien spiegeln sich in den erschreckenden Statistiken bezüglich der Lebensumstände und psychischer Krankheiten in den heutigen Stammesgemeinschaften.[10] Die sozioökonomischen Indikatoren sind schockierend: Erstens haben Indianer die höchste Armutsquote im ganzen Land – jeder Dritte in einem Reservat wohnhafte Indianer lebt unter der Armutsgrenze. Zweitens treffen wir auf die höchste Gewaltkriminalitätsrate in einem Land, in dem amerikanische Indianer doppelt so häufig einem Gewaltverbrechen zum Opfer fallen wie Angehörige jeder anderen ethnischen Gruppe. Von den indianischen Frauen werden 34 Prozent im Verlauf ihres Le-

5 Russell Thornton: American Indian Holocaust and Survival: A Population History Since 1492 (Norman: University of Oklahoma 1987), S. 42-49.

6 Im Mittelalter starben 40% der europäischen Bevölkerung aufgrund von Krieg, Krankheit und Hunger; in Ruanda fielen 1994 zahllose Menschen einem Völkermord zu Opfer, bei dem 11% der Bevölkerung getötet wurden und nur 29% der Tutsi-Bevölkerung einen hunderttägigen Albtraum überlebten; und in Europa überlebten nur 37% der jüdischen Bevölkerung den Holocaust. Vgl. J.M. Roberts: The Penguin History of the World (Oxford University Press, 1990), S. 483-484; Philip Gourevitch: We Wish To Inform You That Tomorrow We Will Be Killed With Our Families: Stories From Rwanda (Pacadot 1999).

7 Thornton (1987); vgl Echo-Hawk (2010), S. 399-420; und ders. (2013), S. 100-105, für weitere Analysen.

8 Vgl. Thomas Ball: Prevalence Rates of Full and Partial PTSD and Lifetime Trauma in a Sample of Adult Members of an Indian Tribe (University of Oregon Dissertation, 1998); Maria Yellow Horse Brave Heart: The Return to the Sacred Path: Healing the Historical Trauma and Historical Unresolved Grief Response among the Lakota through a Psychoeducational Group Intervention, in: „Smith College Studies in Social Work“, 68 (3), Juni 1998, S. 288-305.

9 Ebd.

10 Echo-Hawk (2013), S. 100-105.

bens vergewaltigt und 39 Prozent von ihnen werden Opfer häuslicher Gewalt – den Statistiken des Justizministeriums zufolge meist von Seiten nicht-indianischer Männer. Drittens offenbart sich die ständige Bedrohung der verbleibenden Überreste indianischer Kulturen, Sprachen, Stammesreligionen, heiliger Stätten und geistiger Eigentumsrechte an ihrem Erbe und ihrer Identität durch die Mehrheitsgesellschaft. Viertens verweisen Statistiken auf die höchste Schulabbrecherquote des Landes (36 Prozent) und niedrige Schulleistungen. Diese Schulen verwenden indes Lehrpläne, die den Kindern amerikanischer Ureinwohner den gleichberechtigten Zugang zu Bildung nachweislich verwehren. Fünftens spielen die Medien eine Rolle, die sich amerikanischen Ureinwohnern gegenüber nicht verantworten müssen und voller rassistischer Klischees sind. Sie bieten weder reale Darstellungen amerikanischer Indianer noch eine journalistische Berichterstattung über deren Probleme. Sechstens haben Indianer die niedrigste Lebenserwartung im ganzen Land. US-Amerikaner erhalten im Durchschnitt 60 Prozent mehr Gesundheitsversorgung als die amerikanischen Ureinwohner. Die Rate der Alkoholabhängigen unter Indianer ist 627 Prozent höher als bei allen anderen Bevölkerungsgruppen, die Rate der Tuberkulosekranken mehr als 533 Prozent höher, der Anteil der Diabetes-Kranken 249 Prozent höher. Die Unfallraten liegen 204 Prozent höher, die Selbstmordrate 72 Prozent, die Rate der Lungenentzündungen und Grippeerkrankungen 71 Prozent und die Mordrate 63 Prozent höher. Sechstens schließlich ist das Land, das sich im Eigentum amerikanischer Indianerstämme befindet, bis zum Jahr 1955 auf nur 2,3 Prozent seiner ursprünglichen Größe geschrumpft.[11] Diese sozioökonomischen Indikatoren indizieren ein immenses historisches Trauma. Da sie schon so lange bestehen, gelten sie heutzutage als „normal" und drohen zu einem permanenten Bestandteils des Lebens amerikanischer Ureinwohner zu werden.

11 Ebd., S. 104-105.

Die Indianer-Gesetze

Das Vermächtnis der Eroberung hat zudem tiefgreifende Auswirkungen auf das geltende Recht und ist in der Rechtskultur klar erkennbar, denn die Aufgabe, das zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen lässt, fiel den Gerichten zu. Wie zu erwarten war, gerieten die Juristen damit in Zugzwang. Sie mussten von den hohen Werten abweichen, auf die sich die Nation normalerweise beruft. Der Oberste Gerichtshof der USA griff auf das Recht der Eroberung und des Kolonialismus zurück und passte es dem amerikanischen Kontext an. Der daraus entstandene Gesetzeskorpus ist als *Federal Indian Law* (nationales Indianerrecht) bekannt. Er bildet den rechtlichen Rahmen für die Definition der Rechte der amerikanischen Ureinwohner.[12]

Das nationale Indianerrecht enthält drei erkennbare und sich teilweise überschneidende Prinzipien: erstens das der Eroberung, zweitens das der Kolonisierung und drittens das Prinzip der Stammessouveränität bzw. des Protektorats.[13] Diese Prinzipien widersprechen sich, weshalb eine Spannung zwischen den guten und schlechten Seiten des geltenden Rechts besteht: Einerseits schützt das Recht die indianischen Stämme, indem es die Ausübung ihrer Selbstbestimmung innerhalb eines Protektorats fördert; andererseits wird die Selbstbestimmung von einer dunklen Seite des Rechts mit anti-indigenen Charakterzügen behindert. Infolgedessen ist das Indianerrecht kein verlässliches Bollwerk; vielmehr ist der gesetzliche Rahmen flexibel und formbar. Er lässt sich zur Unterstützung oder zur Benachteiligung der Indianer auslegen – je nachdem, wie die politischen Winde wehen bzw. die Vorurteile in der übrigen Bevölkerung geartet sind, die eine sich fortwährend ändernde rechtsprechende oder gesetzgebende Politik beeinflussen.

12 Die Hauptabhandlung ist *Cohen's Handbook of Federal Indian Law* (LexisNexis, 2012, Hg.).
13 Echo-Hawk (2013), S. 105-125.

Die Doktrin der Eroberung wurde von dem so genannten Marshall Court, dem Obersten Gerichtshof der USA unter der Leitung von Richter John Marshall, implementiert. Dieser legte die Ansprüche auf Land und Boden der Indianerstämme in dem Urteil „Johnson v. M'Intosh" (1823) fest.[14] Das Gericht schrieb: „Besitzanspruch durch Eroberung wird gewaltsam erworben und aufrechterhalten", und „der Eroberer setzt seine Grenzen". Der Begriff „Eroberung" hat eine dunkle, bedrohliche Konnotation; er impliziert Aggression, Brutalität und Machtausübung bei der Aneignung von Gebieten und der Unterjochung und Kontrolle der Bewohner eines eroberten Landes.[15] Für gewöhnlich gilt in einer freien und demokratischen Gesellschaft Eroberung nicht als legitime Quelle der Regierungsmacht, denn das würde suggerieren, dass Gewalt und nicht die Zustimmung der Regierten die moralische Rechtfertigung der Regierung bildet. Stattdessen stützen sich Demokratien auf das Verfassungsrecht, wenn sie ihre Bürger und deren Beziehungen untereinander lenken und gestalten.

Nach dem Gerichtsurteil „Johnson v. M'Intosh" häufte sich die Kriegsmetaphorik in rechtlichen Stellungnahmen.[16] Dieses Urteil und spätere, darauf basierende Urteile ermöglichten es der Regierung, indianischen Landbesitz zu veräußern und über Indianerstämme und ihr Eigentum ohne deren Zustimmung oder den normalen, durch die Verfassung garantierten Schutz zu verfügen. Bis 1955 war das Leitbild der Eroberung fest im Rechtssystem verankert: Der Oberste Gerichtshof ging davon aus, dass alle Indianerstämme erobert worden waren und definierte ihre Rechte aus Sicht der Eroberer. Er erhielt die Beschlagnahme ihres Landes ohne Kompensation aufrecht:

> *Jedes amerikanische Schulkind weiß, dass die eingeborenen Stämme dieses Kontinents ihrer angestammten Gebiete gewaltsam beraubt wurden, und dass, selbst wenn die Indianer im Zuge von Abkommen Millionen von Hektar als Gegenleistung für Decken, Essen und wertlosen Plunder abtraten, es kein Verkauf, sondern der Wille des Eroberers war, der sie ihres Landes beraubte. In den Worten des Obersten Richters Marshall: „unabhängig davon, wie abwegig die Anmaßung auch erscheinen mag, aus der Entdeckung eines bewohnten Landes eine Eroberung machen zu wollen; wenn das Prinzip am Anfang erst einmal durchgesetzt und danach aufrechterhalten wurde; wenn ein Land unter diesem Prinzip erworben wurde und in Besitz geblieben ist; wenn das Eigentum der breiten Masse der Gemeinschaft davon abstammt; dann wird daraus Landesrecht und kann nicht hinterfragt werden."*[17]

Die offensichtliche Problematik dieses Gedankengangs stellt seine fortgesetzte Anwendung in Frage. Erstens steht die faktische und rechtliche Basis der Doktrin auf einer zweifelhaften Grundlage.[18] Zweitens passt das Prinzip der Eroberung nicht zu einer freien und demokratischen Gesellschaft – es steht im Widerspruch zu den demokratischen Grundwerten, indigene Rechte aus der Perspektive der Eroberung zu definieren, wenn die *Bill of Rights*, die ersten zehn Zusatzartikeln zur US-amerikanischen Verfassung, die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten aller anderen Bürgerinnen und Bürger schützt. Drittens ist in den modernen internationalen Menschenrechtsgesetzen kein Platz für die Doktrin der Eroberung; sie läuft den Prinzipien des Menschenrechts zuwider und wurde von den Vereinten Nationen in

14 „Johnson v. M'Intosh", 21 U.S. 543 (1823), schrieb den Indianerstämmen extrem begrenzte Bodenrechte zu und rechtfertigte dieses Ergebnis mit den Doktrinen der Entdeckung und der Eroberung.

15 „Merriam-Webster's Collegiate Dictionary" (2005) definiert „Eroberung" als den Akt des Eroberns, insbesondere von „im Krieg beschlagnahmten" oder „mit Waffengewalt" erlangten Gebieten.

16 Die säbelrasselnden Urteile nach *Johnson* werden näher betrachtet in Echo-Hawk (2013), S. 107-11; ders. (2010), S. 123-159.

17 „Tee-Hit-Ton v. United States" (1955), 348 U.S. 272, 322 (1955).

18 Die Vereinigten Staaten erwarben praktisch das gesamte indianische Land per Kauf in Friedens- und Freundschaftsabkommen, nicht durch Waffengewalt, und die Eingliederung indianischer Nationen in die Vereinigten Staaten kraft ihrer Abkommen gilt von Rechts wegen nicht als Eroberung. Vgl. Echo-Hawk (2013), S. 109-110.

ihrer Erklärung über die Rechte der indigenen Völker zurückgewiesen.

Das Recht des Kolonialismus ist ein weiteres Prinzip der Rechtsprechung, das dem der Eroberung in vieler Hinsicht ähnelt. Der Oberste Richter John Marshall übernahm in „Johnson v. M'Intosh" diesen Gesetzeskorpus vom frühen internationalen Recht, indem er die Doktrin der Entdeckung anwendete und ausweitete, so dass sie in den amerikanischen Kontext passte. Professor Robert J. Miller definiert diese Doktrin der Entdeckung als

> *ein internationales Rechtsprinzip, unter dem europäische Länder, Kolonialisten und Siedler vom 15. bis zum 20. Jahrhundert rechtliche Ansprüche auf die Ländereien, Besitztümer und Menschenrechte indigener Völker auf der ganzen Welt geltend machten. Im Kern sah die Doktrin vor, dass europäische Neuankömmlinge automatisch ein Recht auf Grundbesitz sowie souveräne, politische und ökonomische Macht über indigene Völker ohne deren Wissen bzw. Zustimmung erwarben. Als die Europäer ihre Flaggen und religiösen Symbole in „neu entdeckten" Ländern aufstellten, beriefen sie sich auf die weithin akzeptierten rechtlichen Verfahren und Rituale der Doktrin der Entdeckung, um den rechtlichen Anspruch ihres Heimatlandes auf indigene Ländereien und Völker zu beweisen. Diese Doktrin beruhte auf feudalen, religiösen und rassistischen Ideen und damit auf dem Glauben, dass Europäer und Christen den anderen Kulturen, Religionen und „Rassen" dieser Welt überlegen seien.*[19]

Die Doktrin der Entdeckung ist ein anerkanntes und grundlegendes Prinzip kolonialistischen Rechts auf der ganzen Welt. Nachfolgende Gerichtsurteile beruhten auf dieser Doktrin und ergänzten sie durch die Prinzipien der Vormundschaft und der unbeschränkten Vollmacht, denen ebenfalls die Annahme einer „rassischen" und kulturellen Unterlegenheit der Stammesvölker zugrunde lag. Im Zuge dieser Urteile schufen die Gerichte einen umfassenden – aber schädlichen – kolonialen Gesetzeskorpus.[20] Diese Urteile hatten keine zugunsten der Indianer verwaltete Ordnung im Sinn, sondern eine solche, die die Besetzung ihres Landes erleichtern würde. „Das Hauptziel der Weißen in Amerika bestand darin, das Land zu besetzen."[21] Dementprechend wurde das geltende Recht in den Dienst des Kolonialismus gestellt. Der Kolonialismus bietet jedoch keineswegs einen angemessenen Rahmen, um die Rechte der amerikanischen Ureinwohner zu definieren. Erstens leidet er unter ausgeprägtem Rassismus. Zweitens ist jene Art des Kolonialismus, die sich aus der dunklen Seite des nationalen Indianerrechts ergibt, weit entfernt vom Menschenrecht auf Selbstbestimmung, Selbstregierung und indigene Institutionen, so wie sie in der Erklärung der Vereinten Nationen festgeschrieben sind. Anstatt Demokratie zu fördern, basieren die rechtlichen Prinzipien des Kolonialismus drittens auf ungerechten rechtlichen Fiktionen und verzögern demokratische Weiterentwicklung.[22] Viertens wird kolonialistische Herrschaft von der internationalen Staatengemeinschaft verurteilt.

Das dritte Prinzip, welches das nationale Indianerrecht prägt, ist das der Stammessouveränität und des Protektorats. Es wurde in dem Gerichtsurteil „Worcester v. Georgia" und nachfolgenden Urteilen beschrieben.[23] Es handelt sich um ein die Rechte der Indianer schützendes Prinzip, das ein Gegengewicht zu den anderen beiden Prinzipien der Eroberung und des Kolonialismus darstellt. Dieses Prinzip definiert die Selbstregierung der indianischen Stämme als deren grundlegendes Recht. Unter dem Schutz der Vereinigten Staaten agieren sie als separate politische Gemeinschaften innerhalb der nationalen Ordnung. Vier fundamentale Rechtsgrundsätze ergeben sich aus dem Urteil

19 Robert J. Miller, Lisa Lesage und Sebastian Lopez Escarcena: The International Law of Discovery, Indigenous Peoples, and Chile, in: 89 Neb. L. Rev. 819, 820 (2011).

20 Echo-Hawk (2013), S. 111-114.

21 „Tee-Hit-Ton v. United States"; diese Entscheidung zitiert aus „Carino v. Insular Government of the Philippine Islands", 212 U.S. 449 (1908).

22 Echo-Hawk (2013), S. 115-116.

23 „Worcester v. Georgia", 31 U.S. 515 (1832); vgl. auch Echo-Hawk (2013), S. 116-125.

„Worcester v. Georgia“: Erstens genießen Indianerstämme ein souveränes Recht auf Selbstregierung frei von jeglicher Einmischung der Einzelstaaten, das ihnen trotz ihrer Eingliederung in die Vereinigten Staaten nicht entzogen werden kann. Zweitens müssen indianische Abkommen als wichtigstes geltendes Recht anerkannt werden. Drittens dürfen die Doktrin der Entdeckung oder Erlasse aus Europa indianisches Land oder indianische Souveränität nicht untergraben. Viertens werden die Grenzen der indianischen Reservate als Schutzwälle gegen feindliche Staaten und Siedler anerkannt. Die Beziehung zwischen indianischen Stämmen und den Vereinigten Staaten, wie sie in „Worcester v. Georgia“ festgelegt wird, gleicht denen eines in internationalen Beziehungen üblichen Protektorats. Es handelt sich dabei um eine schwächere Nation, die unter dem Schutz einer stärkeren Nation existiert, die ihre politische Integrität und ihr Wohlergehen sicherstellt. Entsprechend des Prinzips des Protektorats werden Indianerstämme als „Nationen“ und nicht als „Kolonien“ verstanden. Die USA als die stärkere Macht sind dazu verpflichtet, indianische Nationen zu schützen, haben aber keinerlei Recht, sie auszubeuten, zu zerstören bzw. ihnen ihre politischen, kulturellen, Eigentums- oder Menschenrechte zu entziehen.[24]

Das Prinzip der Stammessouveränität in der Rechtsprechung hat es indianischen Stämmen ermöglicht, in der Moderne große Fortschritte zu erzielen. Es wird jedoch ständig gegen die dunkle Seite des Rechts ausgespielt; und bis diese interne Spannung aufgelöst ist, können indianische Stämme in einer von Gegensätzlichkeit gekennzeichneten Rechtsordnung nur begrenzt Fortschritte erzielen. Sie können ihre Selbstbestimmung nicht ausüben, solange sie von den Doktrinen der Eroberung und des Kolonialismus eingeschränkt werden. Außerdem lässt sich Indianerpolitik in einem derartigen rechtlichen Rahmen ganz unterschiedlich auslegen; in ihrer Geschichte sehen wir extreme Schwankungen zwischen den Konzepten der Stammessouveränität und Selbstbestimmung einerseits und der Assimilations- und Liquidierungspolitik andererseits. Dieses Problem wird durch das Fehlen von Menschenrechten im nationalen Indianerrecht noch verschärft, denn diese könnten klare Vorgaben hinsichtlich des Umgangs mit den Ureinwohnern machen und auf diese Weise die politischen Schwankungen abmildern. Leider meiden die grundlegenden Urteile absichtlich „abstrakte“ Gerechtigkeits- und Moralbegriffe, wenn es um die Definition der Rechte amerikanischer Ureinwohner geht. Dies hat zu einem seltsam amoralischen Gesetzeskorpus geführt, dem Diskurs und Gebote zum Thema Menschenrechte fehlen und der stattdessen von einer unglaublichen Menge ungerechter Rechtsauffassungen dominiert wird.[25]

Das andauernde politische Dilemma

Das Vermächtnis der Eroberung hat zudem ein anhaltendes politisches Dilemma mit sich gebracht. Seit den Anfängen der Manifest-Destiny-Doktrin lautete die politische Frage: „Was machen wir mit den indigenen Völkern?“ Da sie aus dem Aufbau der Nation und ihrer Institutionen ausgeschlossen und stattdessen marginalisiert wurden, sind die indigenen Völker einem politischen System unterworfen, das sie nicht mitgestalten durften und dem sie nicht zugestimmt haben. Das Problem der Eingliederung indigener Bevölkerungsgruppen ist eine wichtige Frage für Demokratien, die auf der Zustimmung der Regierten basieren und deren Legitimität in jedem Bereich der Gesellschaft von Konsens und dem Fehlen von Zwang abhängt. Was die indigenen Völker betrifft, fehlt diese Zustimmung jedoch. Auf einer abstrakten Ebene sind sich alle einig, dass diese Gruppen nicht weiterhin inmitten einer freien und

24 Echo-Hawk (2013), S. 121-125.

25 Edd., S. 12-16; vgl. auch Echo-Hawk (2010) für eine Untersuchung der dunklen Seite des bundesstaatlichen Indianerrechts.

demokratischen Gesellschaft an den Rand gedrängt und Gesetzen und Institutionen unterworfen werden können, die die repressiven kolonialen Bedingungen einer längst vergangenen Ära aufrechterhalten. Doch was ist der beste Ansatz, indigene Völker in die nationale Gemeinschaft zu integrieren?

Das ist eine irritierende Frage, denn die Situation der Ureinwohner entspricht weder dem allgemeinen Muster für die Staatswerdung noch dem normalen Modus der Eingliederung von Einwanderern in die nationale Gemeinschaft durch freiwillige Assimilation. Sie leben bereits in der Nation: Sie stammen aus der Zeit vor ihrer Entstehung, fordern ihre Selbstbestimmung und sind nicht bereit, ihren Grund und Boden oder ihre Kulturen aufgeben, um sich zu assimilieren. Um ihrer ungewöhnlichen Situation und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen die gastgebenden Nationen über die normalen Verfahrensweisen bei der sozialen Eingliederung hinausgehen und multikulturelle Gesellschaften mit einer multinationalen Dimension fördern. Diese Nationen müssen in der Lage sein, indigene Völker im Einvernehmen und ohne Verletzung ihrer indigenen Menschenrechte in die nationale Kultur einzubeziehen. Dieser Prozess wird in der Literatur als „verspätete Nationenbildung“[26] beschrieben, und bis er in den Vereinigten Staaten abgeschlossen ist, wird das Land in einem Sumpf der Ungerechtigkeit und des Neokolonialismus stecken bleiben, in dem die Grundwerte und Ideale, die alle anderen teilen, für die indigenen Völker unerreichbar sind.

In den Vereinigten Staaten hat die Regierung widersprüchliche Ansätze für die Eingliederung der amerikanischen Ureinwohner in die nationale Gemeinschaft gewählt. Historisch gesehen reichen die Methoden erstens vom Protektoratssystem nach „Worcester v. Georgia“ zum *Indian Removal Act* (Gesetz zur Um- bzw. Aussiedlung), das die Indianer vom Rest der Gesellschaft räumlich trennte; zweitens von der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner auf dem Höhepunkt der Indianerkriege zu einer friedlichen Politik der Zivilisierung und Christianisierung von in Reservaten lebenden Indianern, die Schutzbefohlene der Regierung waren und assimiliert werden sollten (etwa 1886-1934); drittens vom Wiederaufbau der Stammesregierungen unter dem *Indian Reorganization Act* (Gesetz zur Neuorganisierung der Indianer) zu deren Demontage durch die Assimilations- und Liquidierungspolitik der 1950er und 1960er Jahre; und viertens von der Politik der Liquidierung zurück zur Wiederherstellung der Stammesregierungen und der Politik der Selbstbestimmung von 1970 bis zur Gegenwart, in deren Verlauf den Indianern Kontrolle über ihr eigenes Schicksal gewährt werden soll.

Die Debatte über den besten Ansatz wird auch heute noch geführt.[27] Die UNDRIP von 2007 scheint nun einen Leitfaden zur Lösung dieses verwirrenden politischen Problems bereitzustellen. Die UN-Erklärung spricht sich dafür aus, indigene Menschenrechte hinsichtlich der Prinzipien Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und des Gebots von Treu und Glauben anzuerkennen und sie bestätigt die Politik der Selbstbestimmung als den richtigen Ansatz. Wird dieser Pfad eingeschlagen, können die von der UNDRIP beschriebenen Schritte zur verspäteten Nationenbildung den Vereinigten Staaten dabei helfen, ihr Vermächtnis der Eroberung zu überwinden.

Dieses Vermächtnis zeigt sich in den schockierenden sozialen Missständen, unter denen die Gemeinschaften amerikanischer Ureinwohner leiden, den rechtlichen Ungleichheiten und dem fortdauernden politischen Problem der Eingliederung. Der indigene Aktivismus, der sich seit 1950 darum bemüht, diese Ungerechtigkeiten aus dem Weg zu schaffen, soll im Folgenden in den Blick genommen werden.

26 Echo-Hawk (2013), S. 127-128.

27 Ebd., S. 130-131.

Der Aktivismus der amerikanischen Indianer seit 1950

Als das Vermächtnis der Eroberung in den 1950er Jahren seinen Höhepunkt erreichte, sank das Lebensniveau der Ureinwohner auf seinen absoluten Tiefpunkt. Gezwungen, in der untersten Schicht in einer nach Rassenkriterien segregierten Gesellschaft zu leben, glitten die verarmten Indianerstämme in eine tiefe rechtliche, soziale, ökonomische, politische und kulturelle Krise. Ihr Grundbesitz war so gering wie noch nie. Das bundesstaatliche Indianergesetz war auf seinem untersten Niveau angekommen.[28] Vor allen Dingen aber zielte die nationale Politik darauf ab, die Indianer verschwinden zu lassen. Während des Kalten Krieges fielen viele Bürgerrechte dem McCarthyismus zum Opfer. Die Hysterie des „Lieber tot als rot" ließ wenig Raum für die Toleranz unterschiedlicher indigener Kulturen. Während Hollywood-Western die Vergangenheit romantisch verklärten, brachte die Regierung die Indianerstämme an den Rand des Aussterbens, und zwar mit einer Politik, die das Verschwinden des Amerikas der Ureinwohner als Lösung für das „Indianerproblem" zum Ziel hatte. Es war die Ära der Liquidierung (1943-1961).[29]

In den Jahren zuvor (ab 1934) hatte die US-Regierung die Selbstbestimmung der Indianer gefördert, indem sie die Stämme dazu ermutigte, eigene Regierungen zu bilden. Bis zum Zweiten Weltkrieg kamen einige dieser neuen Regierungen zustande, doch nur wenige ihrer gewählten Mitglieder hatten die Gelegenheit, Erfahrungen mit der politischen Bevormundung durch die Bundesregierung zu sammeln. In den 1950er Jahren verschob sich die Indianerpolitik maßgeblich: Von nun galt es, das Amerika der Indianer komplett von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Eine umgehende Assimilation der amerikanischen Indianer war das Ziel – es wurde erreicht, indem die Regierung bestehende Abkommen mit den den indianischen Stämmen aufhob, politische Beziehungen zu ihnen abbrach, sich von ihren Pflichten lossagte und staatliche Programme, die der Unterstützung der Indianer dienten, beendete. Der US-Kongress beabsichtigte zudem, indigene Ansprüche gegen die Vereinigten Staaten ein für allemal durch die *Indian Claims Commission* (Kommission für indianische Forderungen) zu lösen.[30] Das *Bureau of Indian Affairs* (BIA), das Amt für indianische Angelegenheiten, entwickelte ein weitreichendes Programm zur „Umsiedelung" der Indianer von den Reservaten in Städte, wo sie sich in das städtische Leben integrieren sollten. Das Programm des BIA wurde seit 1950 von Kommissar Dillon S. Myer geleitet. Ein geeigneterer Kandidat als Myer war kaum zu finden: Er war wenige Jahre zuvor an dem Umsiedlungsprogramm für Japaner und japanisch-stämmige Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs beteiligt gewesen und hatte als Direktor der Kriegsumsiedlungsbehörde Gefangenenlager geleitet. Es überrascht daher nicht, dass das BIA während seiner Amtszeit wenig geneigt war, die indianische Identität, Kultur und Gesellschaft aufrechtzuerhalten.[31]

Die Politik der Liquidierung begann offiziell im Jahr 1952, als der US-Kongress die Regierung aufforderte, Vorschläge zu unterbeiten, um die „schnellstmögliche Auflösung jeglicher bun-

28 Das „Tee-Hit-Ton"-Urteil von 1955 sanktionierte eine der größten Landnahmen in der amerikanischen Justizgeschichte: dasselbe Gericht, das das schwarze Amerika von der erzwungenen Rassentrennung in „Brown v. Board of Education" (1954) befreit hatte, entschied, dass Indianer „wilde Stämme" seien, die in einem eroberten Land lebten, und erlaubte der Regierung die Beschlagnahme ihres Landes ohne Kompensation der Stammesbesitzer.

29 Die Ära der Liquidierung wird beschrieben in +'s (2012), §1.06, S. 84-93.

30 Die ICC wurde 1946 gegründet, um Forderungen indianischer Stämme im Zusammenhang mit unfairen Geschäften, historischen Verfehlungen und der Übernahme indianischer Ländereien zu regeln. Vgl. Cohen's, S. 87-88.

31 Ebd., S. 88, 85.

desstaatlicher Beaufsichtigung und Steuerung der Indianer voranzutreiben".[32] Im Beschluss 108 des Repräsentantenhauses von 1953 führte der Kongress eine nationale Politik ein, die Indianer der Gerichtsbarkeit der einzelnen Bundesstaaten unterstellte und die Vormundschaft der Bundesregierung „so schnell wie möglich" beenden sollte.[33] Weitere Gesetze zur vollständigen Liquidierung bestimmter Indianerstämme folgten unmittelbar. Sie liquidierten das Vermögen von über 70 Stämmen, beendeten deren Steuerung und Aufsicht durch die Bundesregierung und übergaben die Indianer der Gerichtsbarkeit und Kontrolle der jeweiligen Bundesstaaten. Diese drakonischen Maßnahmen wurden ohne die Einwilligung der betroffenen Stämme ergriffen und führten dazu, dass sich die sozioökonomischen Bedingungen der Indianer weiter verschlechterten. Die Liquidierungsgesetze zielten darauf ab, die Autonomie der Indianerstämme zu zerschlagen. Sie sollten sich in eine Gesellschaft auflösen, die in ihrer Mitte keinen Platz für sie, ihre Kulturen und ihre Regierungen vorsah.

Der moderne indigene Aktivismus entstand, um diesem Schicksal zu entgehen. Die Ureinwohner Amerikas standen vor einer schweren Herausforderung: Sie mussten einen Kampf ums bloße Überleben führen, da sie in einer Nation lebten, die dazu entschlossen war, die letzten Überreste indigenen Lebens und indigener Kultur auszulöschen. Mit dem Ziel, sich der Liquidierungspolitik zu widersetzen, wurde 1944 der *National Congress of American Indians* (NCAI) gegründet, eine politische Organisation, die mehrere Stämme umfasste.[34] D'Arcy McNickle (1904-1977), einer der Mitbegründer des NCAI, übernahm die Leitung. McNickle war ein Schriftsteller und Anthropologe vom Flathead-Reservat, der ein umfangreiches Werk hinterließ.[35] Nach seinem Studium an der Oxford University arbeitete er in den 1930er und 1940er Jahren unter John Collier, dem Kommissar für indianische Angelegenheiten. Drei Jahrzehnte lang war er „der stärkste und eloquenteste indigene Verfechter des indianischen Nationalismus."[36] Schon früh erkannte McNickle die Notlage der Stämme als ein Phänomen der Entkolonialisierung, da sie „die Welterfahrung anderer kolonialer Herrschaft unterworfener Naturvölker"[37] teilten. Seine internationalistische Sichtweise wurde von indigenen Aktivisten der Ära der Liquidierung geteilt: Sie betrachteten die Indianerstämme als Gemeinschaften, die aus dem Kolonialismus hervorgegangen waren. Zu dieser Gruppe Intellektueller gehörten neben McNickle auch andere aktivistische Denker wie die NCAI-Geschäftsführerin Helen Peterson (Northern Cheyenne/Lakota), die Anthropologen Sol Tax und Robert K. Thomas (Cherokee) sowie Oliver La Farge und der Anwalt Felix S. Cohen von der *Association on American Indian Affairs* (AAIA), der Gesellschaft für die Angelegenheiten der amerikanischen Indianer. Mit Hilfe konventioneller politischer Methoden arbeiteten sie mit Stammesführern zusammen, um sich der Auflösung der Stämme zu widersetzen. Sie fochten defensive Kämpfe aus, da das politische Überleben das Gebot der Stunde war. Die Aktivistinnen und Aktivisten kämpften darum, die Liquidierung der Indianerstämme zu vermeiden und die Regierung dazu zu bewegen, ihre destruktive Politik zu beenden.

Die Red-Power-Bewegung

Um 1960 ließen die Angriffe auf die Indianer nach. Eine neue internationale Ordnung begann sich abzuzeichnen, als die Vereinten Nationen öffentlich den Kolonialismus verurteilten. In den USA wurde John F. Kennedy zum Präsidenten gewählt. Im selben Jahr ertönte der Schlachtruf des NCAI „Self-determination,

32 Ebd., S. 89 (zitiert H.R. Rep. No. 82-2503 (1952).
33 Ebd., S. 90.
34 www.ncai.org.
35 Wilkinson (2005), S. 99.
36 Ebd.
37 Cobb (2008), S. 9, 11.

not Termination" – Selbstbestimmung statt Liquidierung – und wurde zur Parole des Jahrzehnts. D'Arcy McNickle und seine Kollegen hatten mit ihrer Arbeit in den 1950er Jahren die Grundlage für die Ausbildung einer neuen Generation indianischer Aktivisten gelegt. In Workshops, die Aktivismus im Stil der Indianer lehrten, schulten sie junge, gut ausgebildete Menschen, die in den frühen 1960er Jahren als „die Vorreiter einer beginnenden nationalistischen Bewegung der Indianer" hervortraten.[38] Deren Kader verschmolzen zu einer neuen Riege Intellektueller, die von einem militanteren Führungsstil geprägt war. Sie fühlten sich den Stammeswerten eng verbunden, waren von der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen beeinflusst und bereit, die Autonomie, den Grundbesitz und den Stolz der Indianer gegebenenfalls auch kämpferisch wiederherzustellen. Im Jahre 1961 gründeten sie den *National Indian Youth Council* (NIYC), den Nationaler Rat der indianischen Jugend.[39] Die Anführer der Organisation und ihre wachsende Mitgliedschaft lehnten das indianische Establishment ab und wollten dessen konventionelle politische Methoden durch militante Aktionen ersetzen. In diesem Umfeld entstand die *Red-Power*-Bewegung der 1960er Jahre.[40]

Clyde Warrior (1939-1968), ein Ponca-Indianer aus Oklahoma, war der Vorsitzende des NIYC. Er war ein mitreißender Redner, der das in den Medien und der Bevölkerung verbreitete Stereotyp indianischer Unterlegenheit rigoros zurückwies. Er verkündete, dass „das Abwasser Europas nicht durch diese Adern fließt."[41] Die militante Seite des Aktivismus des NIYC zeigte sich unter anderem in den *Fish-in* genannten Aktionen zur Verteidigung des Rechts auf Fischfang im pazifischen Nordwesten und anderswo Mitte der 1960er Jahre. Sie beeinflusste auf diese Weise auch ältere NCAI-Führungskräfte. Zugleich übernahmen kämpferische gewählte Stammesoberhäupter wie beispielsweise Wendell Chino (Mescalero Apache) Führungsfunktionen innerhalb der Stämme. Im Jahre 1964 kam es zu einem Führungswechsel beim NCAI, als Vine Deloria, Jr. (1933-2005) als geschäftsführender Direktor die Leitung übernahm.

Deloria (Standing Rock Sioux) war ein geborener Anführer mit einem großartigen Sinn für Humor. Als einflussreicher Wissenschaftler, Theologe, Anwalt, Autor und Aktivist kombinierte er die konventionellen politischen Aktivitäten des NCAI auf nationaler Ebene mit wachsender Kampfbereitschaft. In Zusammenarbeit mit neuen, kämpferischen Anführern der Indianerstämme war Delorias Führung des NCAI (1964-1967) tief in einer indigenen Philosophie verwurzelt, die für die moderne Tribal Sovereignty Movement eine wichtige Rolle spielen sollte. Seine theoretische Grundlage erlaubte es, „das Ende der Liquidierungspolitik zu rechtfertigen", ohne sich der Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner mit ihrem Fokus auf Integration und Gleichheit vor dem Gesetz anzugleichen.[42] Stattdessen wählte Deloria für die Indianerstämme einen anderen Weg zum Gelobten Land, indem er die beiden universellen Ziele indigener Völker verfolgte: Selbstbestimmung und kulturelle Integrität. Mit seiner Führungskraft und seinen bahnbrechenden Büchern, darunter „God Is Red" (Gott is rot) und „Custer Died For Your Sins" (Custer starb für eure Sünden),[43] gelang es Deloria, eine ganze Generation zum Umdenken zu bewegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach war er der „größte und inspirierendste Anführer"[44] seiner Zeit; Deloria und Clyde Warrior verkörperten den

38 Ebd., S. 27.
39 www.niyc-alb.org.
40 Vgl. Steiner (1968) für eine zeitgenössische Untersuchung des NIYC, in der die Bildungsexplosion unter indianischen Studenten und die Ursprünge der Red-Power-Bewegung analysiert werden.
41 Wilkinson (2005), S. 110.
42 Cobb (2008), S. 125.
43 General Custer (und mit ihm das gesamte 7. US-Kavallerieregiment) war 1876 in der Schlacht bei Little Bighorn im Kampf gegen eine Koalition indianischer Stämme gefallen. – D. Red.
44 Wilkinson (2005), S. 106.

indianischen Aktivismus der 1960er Jahre.[45] Zusammen traten sie in den letzten Jahren der Ära der Liquidierung mit aller Deutlichkeit für grundlegende Veränderungen ein und beeinflussten so die nächste Generation indianischer Anführer.

In ihrem Ziel der Selbstbestimmung unterschied sich die Indianer- von der Bürgerrechtsbewegung. In den 1960er Jahren war der Aktivismus der amerikanischen Ureinwohner weitgehend eine in sich geschlossene soziale Bewegung, die ihre eigenen Kämpfe austrug: Der Widerstand gegen die Liquidierungspolitik der US-Bundesregierung entwickelte sich auf indianischem Boden; dort kämpfte man darum, diese Politik durch die Prinzipien indianischer Selbstbestimmung zu ersetzen. Unter Delorias Führung wurde die Forderung des NCAI nach Selbstbestimmung als indigenes Ziel angesehen, das mit dem Streben der schwarzen Amerikaner nach Gleichheit vor dem Gesetz nicht deckungsgleich war. Zugleich setzten die amerikanischen Indianer die neuen Bürgerrechtsgesetze und -programme dazu ein, die Regierung zur Unterstützung ihrer Selbstbestimmung zu bewegen. In den späten 1960er Jahren gewannen die Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegungen jedoch unter jungen indigenen Aktivisten an Einfluss. Beispielsweise schloss sich der NIYC 1968 der *Poor People's Campaign*, Martin Luther Kings großer Aktion gegen Armut, an. Die Anführer der Jugendorganisation entwickelten eine scharfe Red-Power-Rhetorik, die auf jener der Black-Power-Bewegung basierte, welche von der AIM-Führung in den 1970er Jahren schließlich übernommen wurde. Im Kern war der indianische Aktivismus im 20. Jahrhundert jedoch durch und durch indigen – obwohl gelegentlich bei bestimmten Themen Ad-hoc-Bündnisse mit der Bürgerrechtsbewegung geschlossen wurden. Die Anführer der Bürgerrechtsbewegung unterstützten die Indianer beispielsweise bei ihrer Kampagne zur Religionsfreiheit in den 1990er Jahren, die zur Verabschiedung der *American Indian Religious Freedom Act Amendments* (der Zusatzartikel zum Gesetz über die Religionsfreiheit der amerikanischen Indianer) von 1994 führte. Seit der Poor People's Campaign sind indianische Aktivisten bei vielen Bürgerrechtsmärschen dabei gewesen. Allerdings sollten diese Bündnisse gestärkt und institutionalisiert werden, so dass Indianer, Schwarze und andere *People of Color* an gesellschaftlichem Einfluss gewinnen.

Der Grundstein für die Politik der Selbstbestimmung wurde während der Regierungszeiten Kennedys und Johnsons gelegt. Nach und nach wurde den Forderungen der Indianer Gehör geschenkt, und jeder neue Präsident rückte ein Stück weiter von der Ära der Liquidierung ab.[46] In diesen Jahren begannen die Vereinigten Staaten, gegenüber Minderheiten und ärmeren Bevölkerungsschichten mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Bürgerrechtsbewegung setzte sich für eine neue Politik ein und führte entsprechende Kampagnen, darunter „New Frontier", „Great Society", „War on Poverty" und „New Federalism". Indianische Aktivisten wollten diese Politik beeinflussen, die Beteiligung der Stämme ausbauen und mehr Kontrolle über neue staatliche Programme gewinnen. Zudem versuchten sie, die Behörden dazu zu zwingen, eine bilaterale Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und den Indianerstämmen anzuerkennen. Indem es den Indianern gelang, Kontrolle über einzelne staatliche Programme zu erlangen, gewann das Prinzip der indianischen Selbstbestimmung insgesamt an Unterstützung seitens der Regierung. Die Stämme konnten auf diese Weise deutlich machen, „dass Indianerstämme letztlich die primäre bzw. grundlegende Regierungseinheit in der Indianerpolitik sind."[47]

45 Das ist die Meinung des Autors, ohne übergehen zu wollen, dass viele Aktivisten und Stammesführer die nationale Stammesbewegung der 1960er formten. Es sind zu viele, um sie alle namentlich zu nennen.

46 Cohen's (2012), §1.07, S. 93.

47 Ebd., S. 94.

Der politische Richtungswechsel hin zur Selbstbestimmung gewann unter Präsident Johnson an Rückenwind (1963-1969). Das BIA lehnte die verstärkte Stammeskontrolle über staatliche Programme ab und kämpfte darum, die Aufsicht über die Indianerstämme und das Prinzip der Vormundschaft zu erhalten. Die Frage, wer staatliche Gelder und Programme kontrollieren sollte, stand von nun an im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Den Anführern der Indianer gelang es schließlich, den *War on Poverty*, das staatliche Programm zur Bekämpfung der Armut, für ihr Ziel der Förderung indianischer Selbstbestimmung einzusetzen. Sie vermochten es, dem *Office of Economic Opportunity* (OEO), dem regierungsoffiziellen „Büro für wirtschaftliche Chancen", in den Reservaten einen Großteil der Kontrolle über die Programme zur Armutsbekämpfung zu entziehen. Zum ersten Mal gelang es ihnen, die Gelder der US-Regierung, die für indianische Gemeinschaften bestimmt waren, selbst zu verwalten. Damit wurde das OEO zum Motor der Förderung indianischer Selbstbestimmung. Der Direktor des OEO, Sargent Shriver, hielt eine Rede auf einer NCAI-Tagung und beschrieb den Auftrag zur Armutsbekämpfung seiner Behörde im Kontext indianischer Selbstbestimmung. Sein Vortrag war Ausdruck eines allmählichen politischen Wandels:

> *Weißer Imperialismus bzw. weißer Paternalismus kann nicht durch den Paternalismus von Experten, den Imperialismus von Fachleuten ersetzt werden. Das Geld gehört euch, denn die gesamte Grundlage des Armutsprogramms ist Selbstbestimmung – das Recht der Menschen, ihren eigenen Kurs zu bestimmen und ihren eigenen Weg zu gehen.*[48]

In den folgenden Jahren schloss die Gesetzgebung unter Präsident Johnson zur *Great Society* und zur Armutsbekämpfung die Indianer mit ein. Die Stammesführungen wurden wie „gewöhnliche" lokale Regierungen behandelt, die in der Lage sind, Dienstleistungen gegenüber jenen zu erbringen, die sie vertreten. Politisch gesehen stellte dies einen bedeutsamen Durchbruch dar. Erzielt wurde dieser Erfolg durch konventionelle indigene Interessensvertretung gepaart mit militantem Basisaktivismus, und er setzte der Monopolstellung des BIA in den Indianerreservaten ein Ende.[49]

Ende der 1960er Jahre zog der militante Aktivismus der amerikanischen Ureinwohner auch auf nationaler Ebene Aufmerksamkeit auf sich. Der NIYC sagte sich 1968 vom NCAI los und vertrat die Red-Power-Bewegung bei den Demonstrationen der Poor People's Campaign in den Straßen der Hauptstadt Washington. Er sorgte für starke indianische Präsenz bei den Protesten, Märschen und Festnahmen. Im März unterbreitete Präsident Johnson „ein neues Ziel für unser Indianerprogramm: ein Ziel, das die alte Debatte über die ‚Auflösung' indianischer Stämme beendet und Selbstbestimmung [als] Ziel in den Vordergrund stellt; das obsolete paternalistische Haltungen ablegt und stattdessen Partnerschaft und Selbsthilfe fördert."[50] Johnson erließ eine Vollzugsanordnung, um den *National Council on Indian Opportunity* (NCIO), den Rat der indianischen Möglichkeiten, einzusetzen, dessen Aufgabe es ein sollte, die Regierungsprogramme auf indianischem Boden zu koordinieren und die Beteiligung der Stämme an diesen Programmen zu fördern. Im selben Jahr gründeten Dennis Banks (Chippewa) und Clyde Bellcourt (Chippewa) die Organisation *American Indian Movement* (AIM), die Amerikanische Indianerbewegung, in den Städten Minneapolis und Saint Paul.[51] Die AIM widmete sich urbanen Problemen und patrouillierte die Straßen, um die Indianer vor Polizeibrutalität zu schützen. Im Dezember 1969 besetzten Aktivisten aus der Umgebung San Franciscos die Insel Alcatraz, ein ehemali-

48 Zit. nach Cobb (2008), S. 122.

49 Cohen's (2012), S. 96.

50 Ebd. (zitiert Lyndon Johnson, Special Message to Congress, 6.3.1968, in: Public Papers of the Presidents of the United States: Lyndon Johnson, 1968-69, 1 Pub. Papers 336).

51 Wilkinson (2005), S. 137-138. Zur Geschichte der AIM vgl. Smith/Warrior (1996), n. 3, a.a.O.

ges Bundesgefängnis. Die Besetzer stammten aus der Gruppe *Indians of All Nations* (Indianer aller Stämme), die von Richard Oakes (Mohawk) und Adam Nordwall (Red Lake Chippewa) angeführt wurde. Ihre achtzehn Monate lange Besetzung wurde in den nationalen Medien aufgegriffen und demonstrierte die Dringlichkeit indianischer Probleme.[52] Das Ende der Ära der Liquierung war erreicht.

Indianische Selbstbestimmung

Die offizielle Einführung der Politik indianischer Selbstbestimmung durch Präsident Nixon im Jahr 1970 markiert einen großen Erfolg des indigenen Aktivismus.[53] In Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern des NCIO reformierte die Nixon-Regierung die Indianerpolitik und berücksichtigte dabei die Meinungen und Forderungen der indianischen Bevölkerung. Am 8. Juli verkündete der Präsident den Beginn der neuen Ära. Dieser Richtungswechsel beendete die jahrzehntelange Politik der Auflösung, Assimilation und Bevormundung und ersetzte sie durch die Förderung der Selbstregierung der Stämme. Präsident Nixon distanzierte sich von der gescheiterten Politik der Vergangenheit und räumte ein, dass die exzessive Dominanz der US-Regierung den Fortschritt der indianischen Stämme verzögert und ihre Autonomie beschnitten hatte. Die neue Politik erkannte die Stammesregierungen als die maßgebliche Instanz der Indianerpolitik an und unterstützte deren größere Kontrolle hinsichtlich indianischer Belange. Seit 1970 ist diese Politik der Selbstbestimmung von jeder neuen Regierung fortgeführt worden.

Zu Beginn der Ära indianischer Selbstbestimmung erreichte die indigene Militanz ihren Höhepunkt. Die frühen 1970er Jahre waren die Glanzzeit des AIM-Aktivismus.[54] Russell Means (1939-2012) trat der AIM 1970 bei, und die Organisation begann, zahlreiche Proteste, Konfrontationen und Demonstrationen im ganzen Land durchzuführen. Zu diesen Aktionen gehörte die AIM-Aktion „Trail of Broken Treaties" (Pfad der gebrochenen Abkommen), die 1972 zur Besetzung und Plünderung des BIA-Hauptbüros in Washington, D.C., führte. Auch die Konfrontationen in den Grenzstädten Custer, Rapid City, Pine Ridge, Gordon und Scotts Bluff im Jahr 1972 zählten zu den Aktionen. Einen Höhepunkt des Aktivismus stellte die dramatische, 71 Tage andauernde Besetzung der Stadt Wounded Knee[55] in South Dakota im Jahr 1973 dar, die nationale Aufmerksamkeit auf sich zog.[56] Die Besetzung von Wounded Knee führte zu 562 Festnahmen, und das Justizministerium initiierte eine massive Verfolgungskampagne, um die AIM in die Knie zu zwingen, vergleichbar dem Programm zur Auslöschung der Black Panthers. Nach dieser bemerkenswerten Phase begann die Bewegung unter dem Gewicht interner Uneinigkeiten und den lähmenden Wounded-Knee-Gerichtsprozessen schwächer zu werden. Die Prozesse belasteten die AIM-Führungsriege mehrere Jahre lang und zehrte an den Kräften.[57] Gleichwohl half dieser Aktivismus, die Tribal Sovereignty Movement zu modernisieren und die Politik der Selbstbestimmung in jeder indianischen Gemeinschaft im ganzen Land durchzusetzen.

Ein paar Jahre nach der Besetzung von Wounded Knee wurde AIM-Mitglied Leonard Peltier (Chippewa/Lakota) in Kanada festgenommen und an die Vereinigten Staaten ausgeliefert, wo er vor Gericht des Mordes an zwei FBI-Agenten in einer Schießerei im Indianerreservat Pine Ridge beschuldigt wurde. Obwohl er von zwei prominenten Anwälten vertreten wurde, sprach das Gericht Peltier 1977 schuldig und verurteilte ihn zu zwei Mal lebenslänglich.

52 Wilkinson (2005), S. 134-137.
53 Nixon Special Message to Congress, 213 Pub. Papers of the President: Richard Nixon 564 (8.7.1970) S. 564-567.
54 Vgl. Smith/Warrior (1996).
55 In Wounded Knee hatte die US-Armee 1890 ein Massaker an Lakota-Indianern angerichtet. – D. Red.
56 Ebd., S. 171-244.
57 Ebd., S. 269.

Zweifel an seiner Schuld und der Objektivität des Verfahrens wurden laut. Im Laufe der Zeit erlangte Peltiers Urteil Bekanntheit unter Aktivisten weltweit, die ihn als einen politischen Häftling ansahen. In sämtlichen Berufungsverfahren wurde sein Schuldspruch jedoch aufrechterhalten. Peltier sitzt auch heute noch im Gefängnis und führt seinen Aktivismus hinter Gittern fort. Obwohl er in seinem eigenen Land fast vollkommen in Vergessenheit geriet, erinnert man sich im Ausland an Peltier, den vielleicht bekanntesten amerikanischen Indianer aller Zeiten.

Militanter Aktivismus ist in nahezu jeder sozialen Bewegung ein Mittel, gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Die Tribal Sovereignty Movement war hier keine Ausnahme. Der NIYC inspirierte die Bewegung in den 1960er Jahren, und während des folgendes Jahrzehnts stärkte die AIM die amerikanischen Ureinwohner in vielerlei Hinsicht. Erstens waren die Anführer der Bewegung wortgewaltige Redner und besaßen die Fähigkeit, andere für politische Aktionen zu gewinnen. Zweitens gelang es der AIM, ein Bündnis mit dem traditionellen Teil der indianischen Bevölkerung einzugehen, das politischen Aktivismus und die spirituelle Kraft der amerikanischen Ureinwohner vereinte. Diese Synergie ließ traditionelle Werte und Stolz in die Autonomie-Bewegung einfließen und motivierte die Mitglieder der Bewegung. Darüber hinaus drang die AIM in das Bewusstsein der breiten Masse ein und machte ihr – wenn auch nur für einen Moment – deutlich, dass die amerikanischen Indianer nach wie vor präsent und relevant waren. Auch wenn die AIM und der NIYC letztendlich an Kraft verloren, dauert ihr Vermächtnis an.[58] Beide Aktivisten-Organisationen waren sehr effektiv und dienten als militanter Arm der größeren Tribal Sovereignty Movement. Wir stehen in ihrer Schuld. Die konventionellere Arbeit der gewählten Stammesführer, politischen Interessensvertretungsgruppen und Anwälte profitierte vom Vermächtnis der AIM und des NIYC, die seit 1970 die Rolle der Leibwache übernommen und damit letztendlich den Aufstieg der modernen indianischen Nationen ermöglicht hatten.

Die Bewegung für Selbstbestimmung

Im Rahmen der Politik der Selbstbestimmung und des nationalen Indianerrechts erzielten die Indianerstämme während der letzten Jahrzehnte große Fortschritte bei ihrer Nationenbildung. Die Souveränitätsbewegung entwickelte sich aus dem Aktivismus der 1950er und 1960er, und die Stämme und ihre Interessensvertreter setzten bei jedem Schritt sowohl militanten Aktivismus als auch konventionellere politische Methoden ein, um die drei staatlichen Gewalten dazu zu bewegen, die indianische Selbstbestimmung anzuerkennen und umzusetzen.

Was die Legislative betrifft, ist der Kongress dafür verantwortlich, die Selbstbestimmung der Indianer auf allen staatlichen Ebenen zu implementieren und zu fördern. Der Kongress erlässt entsprechende Gesetze zumeist aufgrund des Drucks indianischer Interessensvertreter und Lobbyisten. Diese Maßnahmen wirken sich auf das Leben und Eigentum, die Regierungsführung, Kultur und Politik der Indianer aus. Eine umfassende Untersuchung der gesetzlichen Bestimmungen geht über den Rahmen dieser Studie hinaus, da die Gesetze Band 25 des *United States Code*, der amtlichen Sammlung der amerikanischen Bundesgeset-

58 Ebd., S. 269-279. Trotz des verdienten Lobs für das Vermächtnis der AIM heben indianische Kritiker auch zwei Schwächen der Bewegung hervor: zum einen ihren Mangel an klaren Zielsetzungen, und zum zweiten das Fehlen einer starken intellektuellen Grundlage im Vergleich zu den Aktivisten der 1950er und 1960er. Ein weiteres AIM-Vermächtnis ist ihre Rolle bei der Gründung des *International Indian Treaty Council* (IITC) im Jahr 1974. Der IITC gehört zu den indigenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die über 20 Jahre lang an den UN-Verhandlungen teilnahmen, die letztendlich zur Zustimmung der historischen, zu Beginn dieses Essays erwähnten UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) führte.

ze, füllen. Die Gesetze wirken sich auf folgende Bereiche aus:

- ⇒ Zunehmende Kontrolle der Stämme über Programme und Dienstleistungen für Indianer (Indian Self-Determination and Education Assistance Act, 25 U.S.C. § 450 ff.)
- ⇒ Indianische Kinder (Indian Child Welfare Act, 26 U.S.C. § 2801 ff.; Indian Tribal Justice Act. 25 U.S.C. § 3601 ff.)
- ⇒ Bildung (Improving America's Schools, 20 U.S.C. § 7801 ff.; Indian Self-Determination and Education Assistance Act, a.a.O.; Tribally Controlled Schools Act, 25 U.S.C. § 2501 ff.; Tribally Controlled Community Colleges Act, 25 U.S.C. § 1801 ff.)
- ⇒ Gesetzesvollzug und Rechtspflege (Violence Against Women Reauthorization Act of 2013 (Title IX); Indian Law Enforcement Reform Act, 25 U.S.C. § 28011 ff.; Indian Tribal Justice Act, 25 U.S.C, § 3601 ff.)
- ⇒ Wohnungswesen (Native American Housing Assistance and Self-Determination Act., 25 U.S.C § 4101 ff.)
- ⇒ Gesundheitswesen (Indian Health Care Improvement Act, 25 U.S.C. § 1601 ff.)
- ⇒ Verwaltung von Bodenschätzen (American Indian Agricultural Resource Management Act, 25 U.S.C. § 3701 ff.; National Indian Forest Resource Management Act, 25 U.S.C. § 3101 ff.)
- ⇒ Religionsfreiheit (American Indian Religious Freedom Act of 1978, 42 U.S.C. § 1996; American Indian Religious Freedom Act Amendments of 1994, 42 U.S.C. § 1996a)
- ⇒ Schutz von historischen und Kulturschätzen (National Historic Preservation Act, 16 U.S.C. § 470 ff.)
- ⇒ Repatriierung (Native American Graves Protection and Repatriation Act, 25 U.S.C. §§ 3001 ff.; National Museum of the American Indian Act, 20 U.S.C. §§ 80q-15)
- ⇒ Sprache (Native American Language Act of 1990, 25 U.S.C. § 2901 ff.)
- ⇒ Rückgabe von Land (Alaska Native Claims Settlement Act, 43 U.S.C. § 1603 ff.; Maine Indian Land Claims Settlement Act, 25 U.S.C. §§ 1721 ff.)[59]
- ⇒ Wirtschaftliche Entwicklung (Indian Gaming Regulatory Act, 25 U.S.C. §§ 2701-2721; Indian Tribal Government Tax Status Act, 26 U.S.C. § 7871; Indian Financing Act, 25 U.S.C. § 1451 ff.; Indian Self-Determination and Education Assistance Act, a.a.O.)

Bei vielen dieser historischen Gesetze handelt es sich um hart erkämpfte Siege von Indianerstämmen. Sie verschafften sich im Kongress Gehör und fochten dort zahllose Kämpfe aus. Die Stämme und Aktivisten sind oft auf einen relativ kleinen Kader hochqualifizierter Lobbyisten angewiesen, die sie – mit Hilfe von Stammesanwälten und politischer Unterstützung seitens des NCAI und der in Washington basierten *Association on American Indian Affairs* – dabei unterstützen, sich innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens zurechtzufinden. Obwohl Veränderungen oft von Basisaktivisten angestoßen wurden, werden sie auf nationaler Ebene für gewöhnlich mit Hilfe konventioneller politischer Methoden über den Weg der Gesetzgebung fortgeführt und umgesetzt. Dies unterstreicht, wie sehr sich militanter Aktivismus und konventionellere Interessensvertretung ergänzen.

Innerhalb der Judikative bestätigte der Supreme Court das Selbstregierungsrecht der

59 Zudem gibt es mehrere gesetzliche Bestimmungen, die bestimmte, auf bundesstaatlichem Boden befindliche Heilige Stätten an Indianerstämme zurückgeben.

Indianerstämme, das in „Worcester v. Georgia“ (1833) und nachfolgenden Urteilen festgelegt wurde. So hat der Oberste Gerichtshof inzwischen anerkannt, dass die Stammesregierungen dazu berechtigt sind, Steuern zu erheben, über die Bewohner der Reservate zu regieren, deren Streitigkeiten in Stammesgerichten zu regeln und Indianer (sowie in manchen Fällen Nicht-Indianer) zu bestrafen, die gegen das Stammesrecht verstossen.[60] Soziale Bewegungen brauchen eine bestimmte Art Anwälte, doch die Geschichte der Stammesanwälte wurde bis heute nicht erzählt.

Da die Gerichte als neutral gelten und das Schicksal der amerikanischen Ureinwohner stark vom Recht abhängt (vielleicht mehr als das aller anderen Bevölkerungsgruppen), spielten Gerichtsverfahren und rechtliche Interessenvertretung eine Schlüsselrolle im Aufstieg moderner indianischer Nationen. Im Jahr 1970 gab es unter den Indianern weniger als ein Dutzend Anwälte im ganzen Land, und nur ein oder zwei Jura-Fakultäten lehrten indianisches Recht. Die Rekrutierung indianischer Jurastudenten war eine der höchsten Prioritäten. 1970 entstand mit dem *Native American Rights Fund* (NARF) die juristische Abteilung der indianischen Autonomie-Bewegung.[61] Der Vorstand von NARF und die meisten seiner Anwälte sind amerikanische Ureinwohner. Die erste Generation dieser Anwälte führte Gerichtsprozesse mit großer Weitsicht, und der Große Geist stand ihr zur Seite.[62] Seit 1970 hat NARF in verschiedenen Funktionen mehr als neunzig Fälle am Obersten Gerichtshof verhandelt und umfassende Lobbyarbeit unternommen. Zusammen mit lokalen Anwälten vertrat NARF Indianerstämme, Ureinwohner Alaskas, hawaiianische Ureinwohner und andere indigene Gruppen und Organisationen und blieb der indianischen Autonomie-Bewegung immer eng verbunden. Heute bieten die meisten wichtigen Jura-Fakultäten einen umfassenden Lehrplan für indianisches Recht an, und begabte Professoren aus den Reihen der amerikanischen Ureinwohner unterrichten interessante Veranstaltungen. Der juristische Berufstand auf indianischem Boden – im Indianerland – ist mittlerweile beachtlich: Neben nicht-indianischen Anwälten gibt es über 2000 indigene Juristinnen und Juristen. Zahlreiche Stämme haben Anwälte damit beauftragt, sie bei ihren Regierungsgeschäften zu unterstützen, Gewerbe zu betreiben und die Stammesinteressen zu verteidigen.

In der Exekutive hat seit 1970 jeder Präsident die Politik der Selbstbestimmung befürwortet. Sie wird durch Verfügungen der Präsidenten implementiert, die die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Stammesregierungen fördern, Behörden vorschreiben, Indianerstämme zu konsultieren und verschiedene indigene Rechte schützen. Auch Präsident Obama tritt für eine Beziehung „von Nation zu Nation“ zwischen den Vereinigten Staaten und den Indianerstämmen ein.

Dank dieser Erfolge sind heute etwa 500 von der US-Regierung anerkannte indianische

60 Zu den Urteilen des Obersten Gerichts, die die Politik der Selbstbestimmung unterstützen, gehören u.a. „United States v. Lara“, 541 U.S. 193 (2004): Aufrechterhaltung der Befugnis des Kongresses, die inhärente Macht indianischer Stämme zur Bestrafung von Indianern anderer Stämme für Verstöße gegen Stammesrecht zu stärken; „California v. Cabazon“, 480 U.S.207 (1987): Einzelstaaten sind nicht befugt, Glücksspiel von indianischen Stämmen auf ihren jeweiligen Reservaten zu regulieren; „Santa Clara Pueblo v. Martinez“, 436 U.S. 49 (1978): Anerkenntnis der Selbstregierungsrechte der Stämme und der souveränen zivilrechtlichen Immunität; „New Mexico v. Mescalero Apache Tribe“, 462 U.S. 324 (1983): Aufrechterhaltung der Regelung von Jagd- und Fischereiaktivitäten von Nichtindianern in Reservaten durch die jeweiligen Stämme; „Merrion v. Jicarilla Apache Tribe“, 455 U.S. 130 (1982): Aufrechterhaltung der Stammesbefugnis, die Ressourcenentwicklung von Nichtindianern im Reservat zu besteuern.

61 www.narf.org.

62 Zur ersten Generation gehören, neben anderen, David H. Getches, John Echohawk (Pawnee), Bruce R. Green, Charles Wilkinson, F. Browning Pipestem (Oto-Missouri/Osage), Yvonne K. Knight (Ponca), Walter R. Echo-Hawk (Pawnee), Joe Brecher, Rick Collins und Thomas Fredericks (Mandan-Hidatsa).

Nationen Teil der politischen Landschaft der Vereinigten Staaten. Die größten Stämme sind die Navajo-Nation mit fast 300 000 Stammesangehörigen und einem Gebiet, das sich über Arizona, New Mexico und Utah erstreckt, und die Cherokee-Nation mit über 800 000 Stammesangehörigen im östlichen Oklahoma. Beide haben eine bewegte Geschichte, eine lebendige Kultur und einen großen, hoch entwickelten Regierungsapparat. Zu den anderen größeren Indianernationen zählen die Great Sioux mit über 150 000 Stammesangehörigen auf mehreren Reservaten im Norden der *Great Plains*,[63] die Apachenstämme im Südwesten mit fast 100 000 Angehörigen sowie die Choctaw-, Chickasaw- und Muscogee-Creek-Nationen mit 200 000 Stammesangehörigen in Oklahoma.[64] Im 21. Jahrhundert regieren die indianischen Nationen über ihre Länder und Stammesangehörigen unter nationalem Recht und Stammesrecht.[65] In den kontinentalen Vereinigten Staaten erfüllen die meisten Stammesregierungen zahlreiche Funktionen und bieten vielfältige Dienstleistungen an: Sie erlassen Gesetze und erheben Steuern, leiten die Polizei und Feuerwehr und betreiben Gerichte, Krankenhäuser, Geschäfte, Universitäten, Schulen, Museen und Wohnungsprogramme. Sie bieten Arbeitsplätze und Sozialleistungen an und kümmern sich um die Infrastruktur, den Schutz von Bodenschätzen und die wirtschaftliche Entwicklung in den Reservaten.

Seit Beginn der Ära indianischer Autonomie sind die Stämme damit beschäftigt, die Politik der Selbstbestimmung in die Praxis umzusetzen. Sie unterstützen auch die Bewegungen der Ureinwohner Alaskas und Hawaiis.[66] NARF eröffnete beispielsweise eine Zweigstelle in Anchorage/Alaska, um den Ureinwohnern dort Zugang zu Anwälten zu bieten, und half, die *Native Hawaiian Legal Corporation*, die Juristische Vereinigung der Ureinwohner Hawaiis, zu gründen.[67] In der neuen Ära arbeiten die Ureinwohner Hawaiis, die amerikanischen Indianer und die Ureinwohner Alaskas gemeinsam an nationalen Themen, die für sie relevant sind. Zudem kollaborieren sie im Bereich der Gesetzgebung und Lobbyarbeit und erreichten unter anderem die Verabschiedung des *Native American Graves Protection and Repatriation Act*, des Gesetzes zur Repatriierung und zum Schutz indianischer Gräber, von 1990.

Als die amerikanischen Ureinwohner sich der internationalen indigenen Bewegung anschlossen, die bei den Vereinten Nationen während der Arbeit an der UNDRIP Gestalt annahm, erreichte diese Kollaboration in den 1980er Jahren die internationale Ebene.[68] Der erste Entwurf der Erklärung entstand 1985. Als die Generalversammlung die Erklärung im Jahr 2007 schließlich verabschiedete, hatten sich zahlreiche amerikanische Indianerstämme und -organisationen der internationalen Bewegung angeschlossen, die die Achtung der Menschenrechte aller Naturvölker weltweit forderte. Zu den Vertretern aus den USA zählten die Navajo-Nation, Six Nations Confederacy, Lummi-Nation, Citizen-Potawatomie-Nation, Sac and Fox Nation, Cherokee-Nation, Muscogee-Creek-Nation, United Keetoowah Band of Cherokees, Inuit Circumpolar Conference, NCAI, NARF, der International Indian Treaty Council (IITC), Indian Law Resource Center und viele weitere.

63 Great Plains wird das Gebiet zwischen dem Mittleren Westen und den Rocky Mountains genannt. – D. Red.

64 Verschiedene Karten mit der Bevölkerung, Verteilung und den Stammesstandorten der amerikanischen Ureinwohner werden von Regierungsbehörden veröffentlicht: Census Bureau: www2.census.gov/geo/maps/special/AIANWall2010/AIAN_US_2010.pdf; BIA: www.bia.gov/cs/groups/public/documents/text/idc013422.pdf. Vgl. auch http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/02/Bia-map-indian-reservations-usa.png.

65 Cohen's (2012), §§4.01-4.07, S. 203-379.

66 Die *Alaska Federation of Natives* (AFN) (www.nativefederation.org) ist die führende Interessenvertretungsgruppe der Ureinwohner Alaskas, und die *Alaska Native Brotherhood* (ANB) sowie ihr Gegenstück, die *Native Sisterhood* (ANS), wurden 1912 als die erste und älteste indigene Bürgerrechtsgruppe in den Vereinigten Staaten gegründet. Vgl. www.anbansgc.org.

67 www.nhlchi.org.

68 Echo-Hawk (2013), S. 27-38.

Die Ära der Menschenrechte

Ungeachtet der eindrucksvollen Fortschritte bei der Nationenbildung und der Politik der Selbstbestimmung haben die amerikanischen Indianerinnen und Indianer das Gelobte Land noch nicht erreicht. Es ist dem indigenen Aktivismus nicht gelungen, das Vermächtnis der Eroberung zu überwinden, wie die komplexen sozialen Missstände in den Stammesgemeinschaften, diskriminierende Auslegungen des Rechts und die Tendenz des Obersten Gerichtshofs, hart erkämpfte Rechte der Ureinwohner zu beschneiden, belegen.[69] Die folgenden neun Bereiche sind nach wie vor von Ungleichheit geprägt:

1. Der Kongress kann die Selbstbestimmung und Selbstregierung der Indianer nach Belieben eingrenzen.
2. Das Oberste Gericht kann die Stammessouveränität ebenfalls nach Belieben einschränken.
3. Gleichheit und Schutz vor Diskriminierung vor dem Gesetz sind außer Reichweite, solange die Begriffe und Denkbilder der Eroberung, des Kolonialismus und des Rassismus im geltenden Recht fortbestehen.
4. Obwohl die Stammesgemeinschaften zu den gewalttätigsten Orten Amerikas gehören und Sicherheit und Überleben ihrer Angehörigen gefährdet ist, hindert das Gesetz die Stammesregierungen daran, ihre Bürgerinnen und Bürger vor Gewaltakten zu schützen, die von Nicht-Indianern verübt werden.
5. Die Kultur der Indianer ist bedroht, da die Regierung es versäumt, indigene heilige Stätten, indigenen Lebensraum, geistige Eigentumsrechte und vor dem Aussterben stehende Sprachen zu schützen. Zudem sind die Möglichkeiten, den zukünftigen Generationen indigene Kultur zu vermitteln, sehr eingeschränkt, da die Lehrpläne kulturell nicht angemessenen sind und kein Anrecht auf Vermittlung der Indianerkulturen existiert.
6. In einer angeblich gerechten Nation gedeihen schwer zu lösende soziale Missstände, da das öffentliche Bildungssystem und die Medien den amerikanischen Ureinwohnern gegenüber keine Rechenschaft schuldig sind.
7. Die politische Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und den Indianerstämmen entspricht nicht der Protektoratsbeziehung, wie sie in dem Gerichtsurteil „Worcester v. Georgia“ angeordnet wurde, da die indigene Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der Regierung die UNDRIP-Standards nicht erfüllt. Außerdem hat die Bundesregierung die Rechte zur Selbstbestimmung der Ureinwohner Hawaiis und Alaskas bisher nicht vollständig anerkannt.
8. Bis die Vereinigten Staaten die Bestimmungen zum Schutz der Menschrechte der Indianer einhalten, wie die UNDRIP sie vorgibt, werden im Leben der amerikanischen Ureinwohner weiterhin miserable sozioökonomische Bedingungen, eine unzureichende physische und psychische Gesundheitsfürsorge und andere Indikatoren gesellschaftlicher Traumata existieren.
9. Die amerikanischen Ureinwohner werden zudem so lange unter Landrechten zweiter Klasse und fehlendem indigenen Lebensraum leiden, bis die UN-Standards hinsichtlich dieser Rechte in den USA vollständig durchgesetzt worden sind.[70]

Bei diesen Problemen handelt es sich um Endprodukte des derzeitigen rechtlichen Regelwerks. Sie verhindern wirkliche Selbstbestim-

69 Ebd., S. 99-132.

70 Diese Problembereiche werden detailliert beschrieben in Echo-Hawk (2013).

mung, wie sie von den internationalen Menschenrechtsgesetzen und der UNDRIP definiert wird. Selbstbestimmung ist ein fundamentales Prinzip höchsten Ranges, das in zweierlei Hinsicht vom internationalen Recht festgeschrieben wird. Erstens gilt es für jede souveräne Nation und alle Völker.[71] Als Menschenrecht bedeutet es zweitens, dass alle Völker das Recht haben, ihr eigenes Schicksal zu kontrollieren und innerhalb einer entsprechend gestalteten politischen Ordnung zu leben.[72] Es handelt sich dabei um ein universelles Menschenrecht, das der Menschheit durch die Charta der Vereinten Nationen, UN-Abkommen und internationale Menschenrechtsgesetze gewährt wird. Absatz 3 der UNDRIP weitet dieses Recht auf indigene Völker ohne Einschränkung und mit denselben Begriffen aus: „Indigene Völker haben das Recht zur Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts können sie ihren politischen Status frei bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei verfolgen." Im Gegensatz dazu fasst das US-Recht indianische Selbstbestimmung nicht als inhärentes Menschenrecht auf. Dem Obersten Gerichtshof zufolge ist es weder ein fundamentales Recht noch unantastbar, denn der Kongress kann das Prinzip der Stammesregierung wieder abschaffen.[73] Es herrschen außerdem beunruhigende Unstimmigkeiten zwischen dem geltenden Recht und der Politik der USA einerseits und den UN-Standards andererseits.[74]

Infolgedessen muss dringend sichergestellt werden, dass das US-Recht mit den Menschenrechtsstandards der UNO übereinstimmt. Wie bereits erwähnt, waren mehrere amerikanische Indianerstämme und viele Organisationen daran beteiligt, die Anerkennung der UNDRIP in den Vereinten Nationen durchsetzen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Erklärung in den USA zu implementieren. Indianische Aktivisten und Interessensvertreter müssen sich den internationalen Menschenrechtsgesetzen zuwenden und die Situation der amerikanischen Ureinwohner auf dieser rechtlichen Grundlage analysieren und verbessern. Wir sind schon weit gekommen, doch die Ureinwohner Amerikas können in einer ungerechten Rechtsordnung nur begrenzt Fortschritte erringen. Ohne eine gerechtere rechtliche Grundlage, die auf den Menschenrechten basiert, sind unsere Würde, unser Leben und unser Wohlbefinden weiterhin in Gefahr. Indigene Interessenvertreter müssen sich über die internationalen Menschenrechte informieren, aktiv werden und Ressourcen für eine nationale Kampagne zur Implementierung der UNDRIP bereitstellen.[75] Dieses Unterfangen ist dem Kampf unserer Vorfahren, die sich der Liquidierungspolitik widersetzten und die Politik der Selbstbestimmung durchsetzten, nicht unähnlich. Wir müssen ihren Kampf weiterführen und auf die Umsetzung der Menschenrechte hinarbeiten. Nur so werden die Indianer in den USA tatsächlich Gerechtigkeit erfahren.

Ein guter Ausgangspunkt ist das Buch „The Situation of Indigenous Peoples in the United States of America" (2012) von S. James Anaya, dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte indigener Völker. Dieser UN-Bericht enthält Empfehlungen für die Implementierung der UNDRIP in den USA.[76] Anaya verfasste den Bericht, nachdem er von der UNO beauftragt worden war, die indigene Rechtslage hierzulande zu untersuchen, sich mit der Bundesregierung und indianischen Führungskräften zu beraten und auszumachen, was genau einer Einhaltung der UN-

71 S. James Anaya: Indigenous Peoples In International Law (New York, Oxford: Oxford University Press, 1996), S. 75.
72 S. James Anaya: The Right of Indigenous Peoples to Self-Determination in the Post-Declaration Era, in: Claire Charters und Rodolfo Stavenhagen (Hg.): Making the Declaration Work: The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (Kopenhagen, International Work Group for Indigenous Affairs, 2009), S. 187; Echo-Hawk (2013), S. 43-45.
73 Echo-Hawk (2013), S. 184.
74 Ebd., S. 183-217.
75 Ebd., S. 221-279.
76 The Situation of Indigenous Peoples in the United States of America, U.N. Doc. A/HRC/21/54 (2012).

DRIP-Standards im Wege steht. Sein Bericht ist ein Katalysator für Wandel und weist den Weg ins Gelobte Land. Anaya kommt zu folgendem Schluss:

> *Indigene Völker in den Vereinigten Staaten [...] sind mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert, die mit weit verbreitetem historischem Unrecht und fehlgeleiteter Regierungspolitik zu tun haben. Dies zeigt sich heute in verschiedenen Indikatoren der Benachteiligung und Einschränkungen hinsichtlich der Ausübung ihrer individuellen und kollektiven Rechte.*[77]

Die vier Hauptbefunde des Berichts lauten: Erstens existiert ein Vermächtnis historischen Unrechts, das sich in vielfältigen Benachteiligungen äußert. Diese sind kein Zufall, sondern Ergebnis der Geschichte der Kolonialisierung, Enteignung, Diskriminierung und Gewalt, die indigene Völker erfahren haben.[78] Zweitens müssen vorhandene staatliche Programme verbessert und effektiver gestaltet werden. Drittens sind neue Maßnahmen notwendig, um die tiefgreifenden Probleme zu lösen, die mit dem historischen Unrecht und der fehlgeschlagenen Indianerpolitik der Vergangenheit zusammenhängen. Gleichfalls müssen die weiterhin bestehenden Hindernisse hinsichtlich der vollständigen Verwirklichung indigener Menschenrechte und der Versöhnung der USA mit den indigenen Völkern des Landes überwunden werden. Viertens ist die UNDRIP ein wichtiger Leitfaden zur Berichtigung der aufgezeigten Probleme.

77 § 85, S. 20.

78 Vgl. §§ 30-66, S. 10-16. Benachteiligungen werden in zehn Bereichen aufgezeigt: 1. missliche sozioökonomische Bedingungen; 2. Gewalt gegen indigene Frauen; 3. Verlust und Ausbeutung indigenen Landes, einschließlich Plünderung des Lebensraums; 4. mangelnder Schutz indigener heiliger Stätten; 5. Trennung indigener Kinder von Stammesfamilien und -umgebung; 6. keine Heilung der offenen Wunden von historischen Ereignissen, die Stammesgemeinschaften auch heute noch heimsuchen; 7. Bedarf an Gerichten zur Stärkung und zum Schutz statt zur Minderung von Selbstregierungsrechten; 8. Mangel an bundesstaatlicher Anerkennung indigener Gruppen und inadäquate Anerkennungsverfahren; sowie besondere Probleme in der Sicherstellung indigener Rechte in 9. Alaska und 10. Hawaii.

Der Bericht legt außerdem dar, dass ein nationales Versöhnungsprogramm, das auf das historische Trauma der Indianer eingeht, unabdingbar ist. Werden diese offenen Wunden weiterhin ignoriert, prophezeit der Bericht, werden die amerikanischen Ureinwohner in ihrer instabilen, von Benachteiligung gekennzeichneten Situation verbleiben – und das Ansehen der Vereinigten Staaten wird Schaden nehmen.[79]

Schließlich gibt Anaya in seinem UN-Bericht Empfehlungen für alle drei Gewalten der US-Bundesregierung, damit Recht und Politik des Landes in Einklang mit den Menschenrechtsstandards der Vereinten Nationen gebracht werden.[80] Amerikanische Präsidenten sollen demzufolge die Behörden der Exekutive anweisen, sich bei allen Entscheidungen, die indigene Völker betreffen, an die UN-Erklärung zu halten. Der Präsident soll der Entschuldigung des Kongresses gegenüber den amerikanischen Indianern ein Versöhnungsprogramm folgen lassen.[81]

Der UN-Bericht fordert zudem, dass jede die Indianer betreffende Gesetzgebung mit diesen abgestimmt werden muss und der Kongress auf Vorschläge zum Schutz indigener Rechte sofort reagieren soll.[82] Die Gesetzgeber sollten außerdem Anhörungen abhalten, um sich über die UNDRIP zu informieren und besondere Maßnahmen zur Implementierung dieser Standards zu erwägen. Anaya beschreibt spezifische Gesetzesreformen, die notwendig seien, um eine nationale Versöhnung herbeizuführen – einschließlich eines Kongressbeschlusses, der die UNDRIP als die Politik der Vereinigten Staaten bestätigt. Schließlich wird dem Kongress geraten, die Ausübung gesetzgebender Gewalt über indigene Völker einzudämmen. Es müsse darauf verzichtet werden, deren Rech-

79 §§ 72-82, S. 17-19.

80 §§ 94-106, S. 21-23.

81 §§ 94-97.

82 § 98.

te unilateral auszulöschen, da eine solche Gesetzgebungsgewalt unmoralisch sei und gegen die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der USA verstoße.[83]

Schließlich setzt sich der Bericht mit der Rolle der Gerichte auseinander. Der Autor äußert Bedenken über deren Tendenz, „auf der Basis einer Doktrin der Kolonialzeit, die zeitgenössischen Menschenrechtswerten widerspricht",[84] indigene Rechte einzuschränken. Die Judikative müsse solche Doktrinen aufgeben und stattdessen

> *eine Jurisprudenz [walten lassen], in der die zeitgenössischen Menschenrechtswerte enthalten sind, die von den USA bereits anerkannt wurden, einschließlich jener, die in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker enthalten sind. Genau so, wie der Oberste Gerichtshof sich auf das Völkerrecht der Kolonialzeit bezog, um Grundprinzipien in Bezug auf die Rechte und den Status indigener Völker zu definieren, sollte er sich heute auf das geltende internationale Recht beziehen, zu dem auch die UN-Erklärung gehört.*[85]

Der Bericht fordert die Gerichte dazu auf, „maßgebliche Doktrinen, Abkommen und gesetzliche Bestimmungen im Licht der UN-Erklärung auszulegen bzw. neu zu interpretieren – im Hinblick auf die indigenen Rechte wie auf die bundesstaatliche Gewalt."[86]

Diese weitreichenden Empfehlungen zeigen den Reformbedarf aller drei Gewalten der US-Regierung auf. Viele Bereiche des Rechts und der Politik entsprechen nicht den UN-DRIP-Standards.[87] Würden die vorgeschlagenen Veränderungen jedoch umgesetzt, könnten die USA ihr Vermächtnis der Eroberung wiedergutmachen. Damit wäre die Voraussetzung erfüllt, die schmerzhafte Vergangenheit zu bewältigen, als Nation zu genesen und zu einer stärkeren und gerechteren Gesellschaft zu werden.

Erstens können die sozialen Missstände und das ungeheilte historische Trauma der Indianer gelöst werden, wenn ihre Menschenrechte vollständig anerkannt und die von der UDNRIP beschriebenen Abhilfemaßnahmen ergriffen werden. Das nationale Versöhnungsprogramm wurde speziell dazu entworfen, auf solche Probleme einzugehen.

Wenn die Gerichte in den USA die Standards der Vereinten Nationen akzeptieren und anwenden, werden die Indianergesetze zweitens gerechter und die starken Schwankungen in der Auslegung des Rechts geringer. Folglich werden sich die internen Spannungen im nationalen Indianergesetz auflösen und dessen positive Bestandteile stärken.

Drittens kann die irritierende politische Frage beantwortet werden, wie indigene Völker in das Staatswesen einzugliedern sind: Die Schritte zur „verspäteten Nationenbildung", die von der UNDRIP empfohlen werden, sollen die Indianer auf einer einvernehmlichen, gerechten Basis und ohne Verletzung ihrer indigenen Menschenrechte in die nationale Gemeinschaft integrieren.

Viertens wirken die Anerkennung und der Schutz indigener Kulturen, Lebensformen und Lebensräume sich auch auf den Naturschutz positiv aus: Sie begünstigen einen ethischeren Umgang der US-Bürger mit Land und Meer, Tieren und Pflanzen.[88] Unsere Nation bedarf dringend einer ethischen Grundlage, die sich auf einen breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung stützt, um der wachsenden Umweltkrise zu begegnen. Die traditionellen Religionen der amerikanischen Ureinwohner und die Wertesysteme, die sich aus ihrer Erfahrung als Jäger, Fischer und Sammler ergeben, bieten die nötigen Komponenten für einen solchen mo-

83 §§ 98-102.
84 § 103.
85 § 104.
86 § 105.
87 Vgl. The Situation of Indigenous Peoples in the United States of America, a.a.O.; Echo-Hawk (2013), S. 99-217.
88 Ebd., S. 133-155.

ralischen Kompass. Die Weisheit der Indianer kann zeigen, wie man sich in der Welt der Natur verhält. Fest steht: Zwischen dem Schutz der indigenen Kulturen, die mit der Welt der Natur vertraut sind, und dem Schutz der Natur selbst besteht ein unauflöslicher Zusammenhang.

Heute analysieren amerikanische Indianer die UN-Erklärung und erwägen ihre durch diese gegebenen Möglichkeiten. Dennoch haben sie noch keine nationale Bewegung formiert, um die Implementierung der UNDRIP durchzusetzen. Wir stehen noch am Anfang einer neuen Ära der Menschenrechte, deren Grundlage die UN-Erklärung ist. Die vollständige Umsetzung der Menschenrechte in Form eines nationalen Versöhnungsprogramms wird die Zukunft des indianischen Aktivismus bestimmen. Warum sollten Aktivisten anderer sozialer Bewegungen sich für die Implementierung internationaler Menschenrechtsgesetze zugunsten der amerikanischen Indianer interessieren? Im Kern entspringt jeder Aktivismus für soziale Gerechtigkeit einer Tatsache, die für die menschliche Erfahrung allgemein gilt: Ungerechte Bedingungen machen das Leben unerträglich. Alle großen sozialen Bewegungen eint das Ziel, Ungerechtigkeit zu überwinden. Die Situation der amerikanischen Ureinwohner ist dem UN-Bericht von 2012 zufolge geradezu ein Paradebeispiel. Zwar begannen die Vereinigten Staaten bereits vor vielen Jahren, die Rechte der Indianer zu stärken – nämlich als Präsident Nixon die Politik der Selbstbestimmung einführte. Doch dieser Prozess bleibt ohne die Umsetzung der UNDRIP unvollständig. Erst wenn die Rechte Ureinwohner Amerikas umfassend anerkannt werden, können die Vereinigten Staaten den Prozess ihrer Nationenbildung abschließen. Dieser Prozess wird allerdings nur möglich sein, wenn sich nicht-indianische Aktivisten daran beteiligen. Schließlich unterstützten auch nicht-schwarze Aktivisten die Afroamerikaner dabei, die Rassentrennung zu überwinden, Gleichheit vor dem Gesetz zu erreichen und Bürgerrechte zu erkämpfen. Die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung sind heute überall sichtbar. Aktivisten von heute können diese Tradition fortführen und den amerikanischen Ureinwohnern in ihrem Kampf um Menschenrechte zur Seite stehen.

Auf internationaler Ebene ist die Frage, wie die USA mit den Indianern im eigenen Land umgehen, für alle Aktivisten relevant: Denn die Vereinigten Staaten können erst dann zu jenem Vorkämpfer in Menschenrechtsbelangen werden, den ihre Ideale vorsehen, wenn sie ihr eigenes Vermächtnis der Eroberung wiedergutgemacht haben. Lasst uns gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten.